

# b&w

bildung & wissenschaft  
Deine Mitgliederzeitschrift aus Baden-Württemberg

06  
2023

TITELTHEMA

## UMGANG MIT SPRACHENVIELFALT

Herkunftssprache als Bildungskapital?

# GEW-Vertrauenspersonen stellen sich vor

*Im Herbst 2023 werden GEW-Vertrauensleute bestätigt oder neue gesucht. Bis dahin berichten Kolleg\*innen von ihrem GEW-Engagement in den Schulen.*



**GABRIELE SIMON-KAUFMANN**

Grundschullehrerin  
an der Wilhelmsschule in  
Stuttgart-Untertürkheim



## **Wie bist du Vertrauensperson geworden?**

Als meine Vorgängerin in Rente ging, hat sie im Kollegium ein aktives GEW-Mitglied gesucht und mir den Staffelstab weitergegeben. Seit drei Jahren mache ich das gerne.

## **Welche Aufgaben hast du übernommen?**

Ich verteile die Informationen und Materialien der GEW, hänge Plakate auf, lege das GEW-Jahrbuch aus und kümmere mich um Bestellungen. Meine Kolleg\*innen wissen, dass ich bei der GEW engagiert und daher gut informiert bin. Bei strittigen Fragen oder persönlichen Anliegen, z. B. Höherstufungen, kommen sie auf mich zu. Soweit ich kann, gebe ich gerne Auskunft oder ich vermittele an GEW-Expert\*innen weiter. Das ist immer auch eine gute Gelegenheit, Kolleg\*innen für die GEW zu gewinnen.

## **Erinnerst du dich an einen Moment, wo du dachtest, wie schön, dass ich für die GEW Vertrauensperson bin?**

Immer, wenn wir zur Vertrauensleuteschulung an den Bodensee fahren. Von dort komme ich jedes Mal mit viel Schwung und Power für meine GEW-Arbeit zurück. Es ist ein großer persönlicher Gewinn für mich, Gleichgesinnte zu treffen und zu erfahren, wie es an anderen Schulen läuft. Ich bin dadurch nicht nur in meinem eigenen Umfeld gefangen.

## **Gibt es etwas, was du nicht so gerne machst?**

Ich spreche Kolleg\*innen nicht gerne direkt auf die Mitgliedschaft an. In Verbindung mit einer Frage kann ich schon sagen: „Wenn du GEW-Mitglied bist, kann ich dich gerne weitervermitteln.“

## **Im Herbst werden Vertrauenspersonen bestätigt oder neue gesucht. Bist du wieder dabei?**

Ich mache gerne weiter. Die Arbeit lässt sich gut bewältigen und die Vorteile überwiegen: Ich kenne mich schulrechtlich und bildungspolitisch besser aus, weiß wo ich nachschlagen kann und weiß, wen ich im Zweifel anrufen kann. ▮

*Das Interview führte Maria Jeggle*

Foto: David Matthiessen



Monika Stein,  
Landesvorsitzende

## Bildung ist das Zukunftsthema

Liebe Kolleg\*innen, liebe Leser\*innen,

Sie haben bestimmt schon davon gehört: Am 23. September gibt es einen bundesweiten Bildungsprotesttag. Die GEW wird in einem breiten Bündnis öffentlich auf immer schwierigere Situation in der Bildung hinweisen.

In Baden-Württemberg sind verschiedene Aktionen an unterschiedlichen Orten geplant. So wird es in Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart Kundgebungen und Veranstaltungen geben. Es ist wunderbar und notwendig, dass sehr viele verschiedene Akteur\*innen gemeinsam auf die Schieflage in unserem Land hinweisen. Bildung ist das Zukunftsthema. Bildung ist ein Thema, das bei Landtagswahlen mitentscheidet, welche Partei viele Stimmen erhält und wer in Regierungsverantwortung kommt. Außerhalb der Wahlkämpfe, z. B. bei Haushaltsberatungen im Bund oder in den Ländern und Kommunen hat es meistens nicht den notwendigen Stellenwert. Das sollte sich unsere Gesellschaft nicht gefallen lassen. Deshalb hat sich ein Bündnis gebildet. Natürlich ist die GEW dabei.

Es geht um nichts weniger als die Zukunft unserer Gesellschaft. Deshalb dürfen wir nicht tatenlos zusehen, wie der Fachkräftemangel im Bildungsbereich weiter ansteigt. Dies führt zu immer schlechteren Arbeitsbedingungen und damit zur Überlastung der Beschäftigten. So werden Bildungsberufe unattraktiver, es wird schwerer, Nachwuchs zu gewinnen und die Qualität verringert sich weiter.

Menschen, die in den kommenden Jahren in Bildungseinrichtungen kommen, werden zunehmend zu Verlierer\*innen, weil die Bedingungen immer schlechter werden. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir dürfen nicht wegschauen, wenn jungen Menschen die Zukunftsperspektiven verbaut werden. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass Politiker\*innen endlich

nennenswert gegensteuern. Beim Bildungsprotest liegt der Fokus auf der frühen Bildung und den Schulen. Und das ist auch gut so. Ohne die Grundlagen, die durch gut ausgestattete frühe Bildung und Schulen gelegt werden, wird es noch mehr Bildungsverlierer\*innen geben. Das können und werden wir nicht akzeptieren. Jedes einzelne Kind muss uns wert sein, dass wir alles in unserer Macht Stehende für seine Zukunftschancen tun.

Ebenso ist richtig, dass der Fokus auch auf Bildung für nachhaltige Entwicklung gelegt wird. Der Klimawandel ist bereits im Gange. Es muss so weit wie möglich noch gegengesteuert werden und die künftigen Generationen müssen auf ein Leben mit dem Klimawandel vorbereitet werden. Gegen Fake-News, die sich auch beim Klimawandel großer Beliebtheit erfreuen, helfen nur Aufklärung, gute Bildung und gute Argumente. Für eine zukunftsfähige Gesellschaft brauchen wir in der Landes- und Bundespolitik einen echten Bildungsgipfel. Mit gemeinsamen Kraftanstrengungen können wir die Herausforderungen der Zukunft konstruktiv gestalten.

Ich freue mich, wenn Sie sich wie viele GEW-Mitglieder einmischen, beim Bildungsprotesttag mitmachen und die Menschen in Ihrem Umfeld überzeugen, dass wir gemeinsam alle Möglichkeiten für gute Bildung gestalten müssen.

Herzliche Grüße  
Ihre

Monika Stein

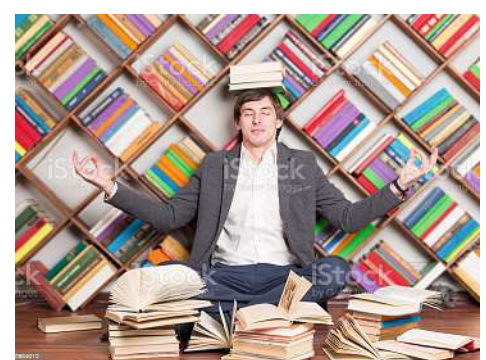




TITELTHEMA  
**14 UMGANG MIT SPRACHENVIELFALT**

Herkunftssprache als Bildungskapital?

Foto: rawpixel Ltd / iStock



**10 Studie – Lehrkräftearbeitszeit**  
Was ein neues Arbeitszeitmodell leisten kann



**27 A13/E13 für alle**  
Bayern bringt A13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte auf den Weg



**31 IGLU-Studie 2021**  
Lesekompetenz seit 20 Jahren im Abwärtstrend

# In dieser Ausgabe

## TITELTHEMA SCHÜLER\*INNEN MIT NICHT- DEUTSCHER FAMILIENSPRACHE

- 14 Umgang mit Sprachenvielfalt**
- 21 Herkunftssprache als Bildungskapital? |** Über die Wert(los)igkeit von Migrations Sprachen
- 25 Spracherwerb in Vorbereitungsklassen**  
„So können wir das nicht lassen“

## Arbeitsplatz Schule

- 10 Studie zur Lehrkräftearbeitszeit**  
Was ein neues Arbeitszeitmodell leisten kann
- 27 A13/E13 für alle**  
Bayern bringt A13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte auf den Weg
- 31 IGLU-Studie 2021**  
Lesekompetenz der Grundschüler\*innen seit 20 Jahren im Abwärtstrend
- 32 ChatGPT & Co in der Bildung**  
Weder blind vertrauen noch kategorisch ablehnen

## Rubriken

- 3** Editorial
- 6** Aktuell
- 7** Glosse
- 34** Kurz berichtet
- 35** Impressum
- 37** GEW vor Ort
- 37** Jubilare
- 39** Totentafel
- 42** Lesetipp

**Titel:** Rawpixel Ltd / iStock  
Redaktionsschluss der nächsten b&w-Ausgabe:  
26. Juni 2023

## GEW IM GESPRÄCH

**Wie die Unterrichtsversorgung an SBBZ und Inklusion verbessert werden kann**

Anfang Juni sprachen die GEW-Vertreter Ruben Ell und Michael Hirn mit Kultusministerin Theresa Schopper, Hubert Haaga und Michael Eppinger (beide KM) über die Situation der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) und in der Inklusion. Das drängendste Problem ist dort die erschreckend schlechte Unterrichtsversorgung, die von Jahr zu Jahr schlechter wird. Dazu kommt, dass die Zahl der Schüler\*innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot an den SBBZ und in der Inklusion zunimmt.

Die GEW hat mit den Gesprächsteilnehmenden die Maßnahmen des KM zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung wie die Schaffung neuer Studienplätze oder des Direkteinstiegs für Fachlehrkräfte sowie weitere Vorschläge der GEW diskutiert. Alle waren sich einig, dass die mangelhafte Unterrichtsversorgung die Umsetzung und Weiterentwicklung der inklusiven Bildungsangebote gefährdet.



von links: Hubert Haaga (KM Referat Sonderpädagogik), Ruben Ell (Landesfachgruppe Sonderpädagogik), Theresa Schopper (Kultusministerin), Michael Hirn (stellv. Vorsitzender GEW), Michael Eppinger (KM Referat Unterrichtsversorgung)

Auch die Situation der Fachlehrkräfte und die Weiterentwicklung der Schulkindergärten wurden angesprochen. ■

**Michael Hirn**

Stellvertretender Landesvorsitzender

## QUALITÄTSENTWICKLUNG IN KITAS

**470 Millionen fürs Land – reichen sie aus?**

Baden-Württemberg hat letzte Woche mit dem Bund den Vertrag für das Kita-Qualitätsgesetz unterzeichnet. Jetzt sollen für 2023 und 2024 insgesamt 470 Millionen Euro für die Qualitätsentwicklung in die Kindertageseinrichtungen fließen.

Mit rund zwei Drittel des Geldes soll allen Kitas im Land anteilige Zeit für pädagogische Leitungsaufgaben weiterfinanziert werden, welche das „Gute-Kita-Gesetz“ (2019–2022) ermöglicht hatte. Auch die Sprach-Kitas werden zu den Bedingungen des Bundesprogramms weiterfinanziert; kurzfristig hatte ihnen zum 30. Juni 2023 das Aus gedroht. Etwa 50 Millionen Euro sind für die Ausweitung der Plätze in der praxisintegrierten Ausbildung vorgesehen. Außerdem soll ein Programm zum Sprachscreening in den Kitas eingeführt werden.

All das klingt zunächst einmal gut. Bei genauer Betrachtung zeigt sich aber, das Zeitkontingent für Kitaleitungen ist viel

zu gering; von der Sprach-Kita-Regelung profitieren nicht einmal 10 Prozent der Einrichtungen im Land (und einige werden noch aussteigen). Sprachtests ersetzen kein ganzheitliches Gesamtkonzept für die sprachliche Bildung.

Bitte nicht vergessen: Das Kitasystem steht kurz vor einem Kollaps! Der Fachkräftemangel führt zu weiteren Einschränkungen von Öffnungszeiten, und die wachsende Belastung bringt pädagogische Fachkräfte dazu, ihrem Beruf den Rücken zu kehren.

Das Kita-Qualitätsgesetz ist unbestritten ein richtiger und wichtiger Schritt, aber bei weitem nicht ausreichend. Nur wenn der Bund dauerhaft, verlässlich und mit mehr finanziellen Mitteln (die Bertelsmann-Stiftung nennt 20 Milliarden pro Jahr) in bundesweit einheitliche Standards investiert, ist dem System geholfen. Auch die Landesregierung muss sich deutlich engagierter an der Finanzierung

der Kitas beteiligen und darf sich nicht auf den Bundeszuschüssen ausruhen. Kindertageseinrichtungen können frühzeitig mögliche Bildungsbenachteiligungen ausgleichen und zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen. Allerdings nur, wenn gute pädagogische Qualität strukturell und im Prozess abgesichert ist.

Die GEW fordert die Verantwortlichen im Land, in den Kommunen und die Kitaträger auf, kontinuierlich für weitere konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den Kitas zu sorgen. Nur wenn die Arbeit in den Kitas attraktiv ist, werden sich mehr junge Menschen für pädagogische Berufe entscheiden und langfristig im Beruf bleiben. ■

**Anne Heck**

Vorsitzende der GEW-Landesfachgruppe  
Fach- und Praxisberatung für Kitas



## Glosse Anrufen



Illustration: Evi Maziol

Liebes GEW-Mitglied,

bitte wundere dich nicht, wenn demnächst jemand bei dir anruft und rumdruckst. Das bin dann ich. Und ich rufe dich an, weil ich Kandidat\*innen für die Personalratswahl 2024 suche. Zuerst bin ich nach dem Prinzip Versicherungsvertreter vorgegangen und habe erst mal alle Leute angerufen, die ich persönlich kenne. Erst ein bisschen Smalltalk und dann ZACK: Willst du eigentlich für den Personalrat kandidieren? Oft gab es dann folgende Konversation: „Jetzt rufst du sieben Jahre nicht an, dann erzählst du mir belangloses Zeug und jetzt willst du, dass ich für irgendwas kandidiere?“ Ich habe dann einfach weitergeredet und ein Mensch meinte dann zu mir: „Okay ich mache es, aber nur, wenn ich nicht noch eine Waschmaschine kaufen oder eine Zeitschrift abonnieren muss.“ Nach zehn Telefonaten hat mir das Gesicht weh getan, vom vielen möglichst harmlos wirkenden Lachen. Ich habe trotzdem weitergemacht.

Ein sehr schönes Gespräch hatte ich mit der Mutter eines Kollegen. Ich hatte ihr gesagt, dass ich vom Vielen-am-Telefon-Sitzen langsam Kreuzschmerzen kriege. Und da hat sie erzählt, dass sie bei Kreuzschmerzen auf Wärmelampen schwört. Sie hatte nämlich als junge Mutter sehr oft Kreuzschmerzen, weil der Kollege so ein schweres Kind war. Jedenfalls haben wir irgendwann festgestellt, dass der betreffende Kollege seit knapp zwanzig Jahren nicht mehr zuhause wohnt. Im **Mitgliedsverzeichnis** unserer Gewerkschaft muss wohl eine alte Telefonnummer stehen. Naja, dachte ich, jetzt kann ich ihn gut anrufen. Wir haben ja jetzt ein gemeinsames Thema und können über die Kreuzschmerzen seiner Mutter sprechen.

Manche Kolleg\*innen sind sehr wortkarg. Das ist untypisch für Lehrkräfte. „Hallo!“, melden sie sich kurz und knapp. Ich sage dann mein Sprüchlein auf, dass ich von der GEW bin und fragen wollte und so weiter. „Nein!“ Ich frage dann sicherheitshalber nochmal nach: „Sie wollen also nicht auf die Kandidatenliste?“ „Nein, hab ich doch gesagt“, kommt es dann sachlich aus dem Hörer. „Sonst noch was?“ Und noch bevor ich „Äh“ sagen kann, ist das Gespräch vorbei.

Einmal kam ich bei jemandem durch, der nicht als Lehrkraft arbeitet und auch sonst keine pädagogische Tätigkeit ausübt. Der Mensch war auch nicht Mitglied in der GEW oder sonst irgendeinem Verband. Darum wollte er auch nicht für den Personalrat kandidieren. Wir haben uns dann noch über Rasenmäher unterhalten. Jedenfalls stellte ich nachher fest, dass ich mich verwählt hatte. Das Gespräch war trotzdem interessant.

Nur eines noch: Wer von euch, liebe GEW-Mitglieder, auf eine Kandidatenliste will, ohne dass ich anrufe und rumnerve: Einfach per Mail beim jeweiligen Kreisvorsitzenden melden. Der freut sich dann.

Viele Grüße  
dein Jens Buchholz

### BITTE, BITTE, BITTE...

Liebe Mitglieder,

ihr zieht um, ändert die Telefonnummer oder die E-Mail-Adresse, wechselt den Namen oder die Arbeitsstelle, arbeitet weniger oder mehr, geht in Ruhestand oder oder...

...dann sendet bitte eure Änderungen an:  
[datenpflege@gew-bw.de](mailto:datenpflege@gew-bw.de)

Das erleichtert unsere Arbeit sehr.

Vielen Dank!  
Eure GEW





## GEW informiert

### Beratung zur Lehrer\*inneneinstellung

Wie stehen die Chancen für eine Einstellung?

Welche Termine, Verfahren und Verträge gibt es? Welche Auswahlkriterien (z. B. Fächer, Region, Leistung, etc.) werden zugrunde gelegt?

Fragen über Fragen... und von der GEW gibt's kompetente Antworten!

**GHWRGS | Dienstag, 4. Juli, 17–19 Uhr**

**0800 – 439 0000**



**Gesprächspartner\*innen:** Martin Hettler, Ricarda Kaiser, Jana Kolberg, Thomas Reck, Monika Stein, Sanni Veil-Bauer, David Warneck, Ruth Zacher

**Gymnasien | Donnerstag, 6. und 13. Juli, 16–18 Uhr**

**0800 – 654 7800**



**Gesprächspartner\*innen:** Barbara Becker, Carmen Bohner, Tordis Hoffman, Verena König, Katya von Komorowski, Markus Riese, Till Seiler, Farina Semler

**Berufliche Schulen | Dienstag, 18. Juli, 17–19 Uhr**

**0800 – 439 0000**



**Gesprächspartner\*innen:** Michael Futterer, Clemens Günther, Kai Otulak, Pit Penz, Ulf Politz, Bernhard Schönauer, Wolfram Speck

### GEW GEWINNT KLAGE

## Dozent\*innen erhalten bezahlten Urlaub

DaF-Dozent\*innen haben eine Klage mit Unterstützung der GEW vor dem Landesarbeitsgericht gewonnen. Das Gericht bestätigte, dass zwei Dozent\*innen an der Volkshochschule (VHS) Stuttgart ein Recht auf bezahlten Urlaub haben. „Ich gehe davon aus, dass die richterliche Bestätigung des Anspruchs die nötige Signalwirkung auf die Träger in Baden-Württemberg ausübt, jetzt zeitnah ihren anspruchsberechtigten Kolleg\*innen auf Antrag Urlaub zu gewähren“, sagte die Landesvorsitzende Monika Stein Ende Mai.

Die VHS Stuttgart war in Revision gegangen, nachdem sie zweimal in erster Instanz verloren hat. Die GEW hat sich lange und vielfach für bezahlten Urlaub der Dozent\*innen in der Erwachsenenbildung eingesetzt, nun erfolgte eine weitere Bestätigung durch das Landesarbeitsgericht. Von richterlicher Seite wurde die Arbeitnehmerähnlichkeit bejaht, die für diesen Anspruch vorliegen muss. Damit sind die wirtschaftliche Abhängigkeit und die soziale Schutzbedürftigkeit der Klägerinnen geklärt. Arbeitnehmerähnliche Personen haben einen Anspruch auf bezahlten Urlaub nach § 2 Abs. 2 BurlG (Bundesurlaubsgesetz). An der VHS Stuttgart hatten DaF-Lehrkräfte (Deutsch als Fremdsprache) bereits im November 2017 Anträge auf bezahlten Urlaub gestellt. Dieses Recht besteht für Freiberufler\*innen dann, wenn sie in einem dauerhaften Verhältnis über 50 Prozent ihrer jährlichen Honorareinnahmen von einer Hauptauftraggeber\*in erhalten. „Für die Volkshochschulen sind die Dozent\*innen ihr Aushängeschild, Integrationskurslehrkräfte werden derzeit händeringend gesucht. Die Anerkennung dieser wertvollen und wichtigen Arbeit beginnt mit einer gerechten Bezahlung“, sagte Stein. Doch dies könne nur der Anfang sein. Die Träger müssten zeitnah in die Lage versetzt und verpflichtet werden, feste, tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse für ihre Lehrkräfte zu schaffen. ▮

b&w



## GEW IM GESPRÄCH

**Erstes Treffen mit Wissenschaftsministerin Petra Olschowski**

Mitte Mai trafen sich die GEW-Vorsitzende Monika Stein und Wissenschaftsministerin Petra Olschowski, die im September 2022 der langjährigen Ministerin Theresia Bauer gefolgt ist. Spannend war zu erfahren, welche wissenschaftspolitischen Anliegen und Schwerpunkte die neue Ministerin mit ihrem Amt verbindet.

Olschowski machte schnell deutlich, dass das Wissenschaftsministerium (MWK) mit dem Kultusministerium (KM) in der Lehrer\*innenausbildung gemeinsam neue Wege gehen will, um dem Lehrkräftemangel entgegenzutreten. Darunter versteht Olschowski vor allem auch mehr Möglichkeiten zum Seiteneinstieg mit entsprechenden Aufbaustudiengängen an den PH oder den Professional Schools of Education. Konkret planen MWK und KM derzeit ein duales Lehramtsstudium im Master, das an einer PH angesiedelt werden soll, voraussichtlich zum Herbst 2024.

Monika Stein wies mit Nachdruck auf den Ausbau von Studienplätzen speziell für Grundschulen hin.

Derzeit ist bundesweit viel Bewegung in der Frage der tarifgebundenen Arbeit von studentischen Beschäftigten an Hochschulen. Studentische Beschäftigte sollen nach Meinung der GEW besser verdienen, und Minibefristungen sollen die Ausnahme sein. Hier zeigt die baden-württembergische Landesregierung aus Sicht der GEW an der falschen Stelle Zurückhaltung. Olschowski sieht die Beschäftigungsver-



Wissenschaftsministerin Petra Olschowski und GEW-Landesvorsitzende Monika Stein (rechts).

hältnisse der Studierenden als eher nachrangiges Thema, hat aber versprochen, aufgrund der weiterhin vorherrschenden sozialen Selektion im Wissenschaftsbereich noch einmal über das Thema nachzudenken.

Monika Stein war es auch wichtig, über die Ergebnisse der GEW-Tagung „Wohin verschwinden die Frauen“ zu sprechen. Bei der Tagung im Februar 2023 ging es um eine Gleichstellungsstrategie für die Hochschulen im Land (siehe b&w 03/2023). Der Handlungsbedarf ist unbestritten: Beim Frauenanteil der Professor\*innen liegt Baden-Württemberg weiter auf den letzten Rängen. Die GEW fordert eine

Stärkung der Position der Gleichstellungsbeauftragten und setzt sich dafür ein, dass deren innovative Ideen für Gleichstellung an Hochschulen mehr Gehör finden.

Einig sind sich MWK und GEW, einen Fokus bei der Förderung von Frauen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf im Hochschulfeld zu richten. Dennoch betrachtet die GEW die momentanen Förderstrategien skeptisch und setzt auf die Zusammenarbeit mit den Koordinierungsstellen der Gleichstellungsbeauftragten, um mutigeren Maßnahmen zur Umsetzung zu verhelfen. ■

**Manuela Reichle**

Foto: Christoph Bächtle

**Monika Stein gratuliert Winfried Kretschmann**

Ministerpräsident Winfried Kretschmann wurde am 17. Mai 2023 75 Jahre alt. Zum Empfang zu seinen Ehren im Weißen Saal des Neuen Schlosses war auch GEW-Vorsitzende Monika Stein eingeladen und gratulierte dem Jubilar herzlich. So ein besonderer Geburtstag ist ein Grund zur Freude, gute Wünsche besonders für Gesundheit und Glück konnte Monika Stein persönlich überbringen. ■

**b&w**

## STUDIE ZUR LEHRKRÄFTEARBEITSZEIT

## Was ein neues Arbeitszeitmodell leisten kann

Das Deputatsmodell in Deutschland zur Bemessung der Arbeitszeit von Lehrkräften ist weltweit einzigartig. Mark Rackles, Bildungsexperte und ehemaliger Staatssekretär für Bildung im Senat von Berlin, hat das Modell im Auftrag der Deutschen Telekomstiftung untersucht. Er hat Kritikpunkte, Veränderungsdruck und Handlungsempfehlungen herausgearbeitet.



Foto: pbophotographer/iStock

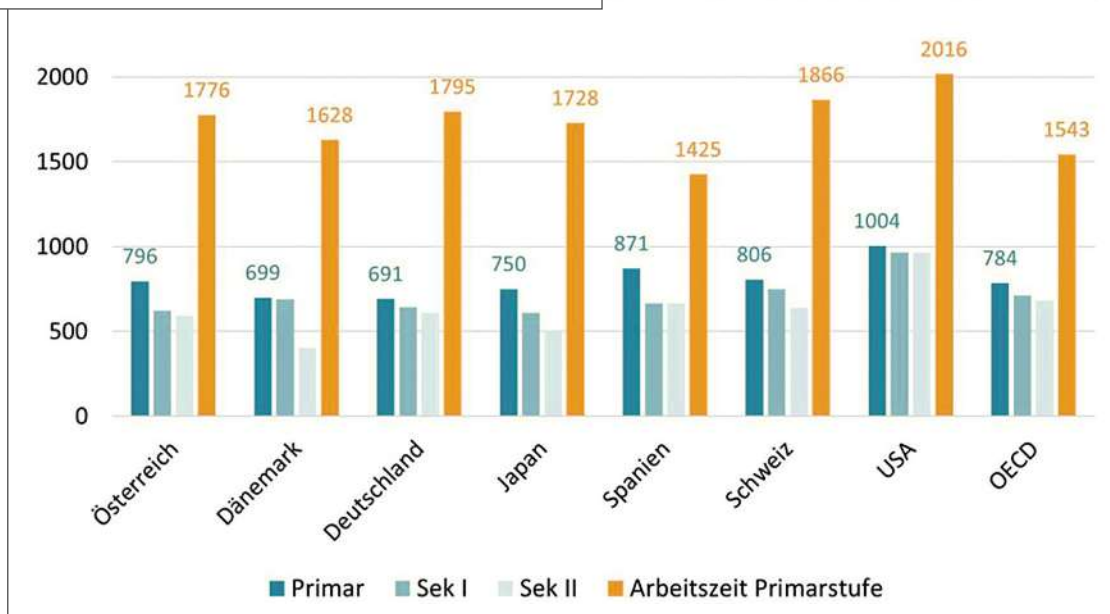
*„Die jetzige Beschreibung von Lehrerarbeitszeit in Deutschland passt nicht mehr in unsere Zeit und passt nicht mehr in unser Verständnis von Schule. Wir brauchen in diesem Bereich und meinetwegen mit Überschallgeschwindigkeit mehr Realitätsnähe, mehr Gerechtigkeit und mehr Transparenz.“*

**Annette Schavan (CDU)**, ehemalige Kultusministerin (2003)

Vor 150 Jahren wurde die Weltausstellung in Wien von Kaiser Franz Joseph I. eröffnet, die Jeans patentiert und der Kaffeefilter erfunden. Und seither regelt auch das Deputatsmodell die Arbeitszeit der Lehrkräfte an Schulen. Die nahezu ausschließliche Orientierung an der Unterrichtsverpflichtung wurde seither kaum verändert. Es gab zwar immer wieder Anpassungen bei der Höhe des Deputats, systemische Veränderungen blieben jedoch weitgehend aus. Das Kernproblem der Deputatsregelung ist die Unbestimmtheit der Gesamtarbeitszeit von Lehrkräften. In den letzten



Unterrichtsstunden und Jahresarbeitszeit (2021)



Jahresarbeitszeit und Unterrichtsstunden nach Schulstufen; Zuordnung in Schulstufen gem. OECD.  
Quelle: OECD 2022

Jahrzehnten wurde deshalb immer wieder untersucht, wie viele Stunden Lehrkräfte arbeiten. Übereinstimmend bestätigen unterschiedliche Studien – am bekanntesten sind diejenigen von Mummert (1997) und Saarschmidt (2007) –, dass viele Lehrkräfte mehr als die tariflich oder gesetzlich festgelegte Arbeitszeit arbeiten. Allerdings gibt es eine große Bandbreite. Die Unterschiede nach Fächern und Schulstufen und beim Anteil der außerunterrichtlichen Tätigkeiten sind groß.

Bei der GEW-Umfrage 2019 wurde gleichfalls bestätigt, dass der Arbeitsdruck enorm ist, was unter anderem mit der deutlichen Zunahme der außerunterrichtlichen Tätigkeiten begründet wurde (siehe b&w 03/2019: Schöner Beruf schwer gemacht). Trotz dieser eindeutigen Diagnose hat bislang nur Hamburg eine Abkehr vom Deputatsmodell vollzogen und ein umstrittenes Arbeitszeitmodell entwickelt, das nichtunterrichtliche Tätigkeiten explizit in die Zuweisung der Arbeitszeit einbezieht. Das OVG-Urteil aus Lüneburg zur Erfassung der Arbeitszeit (2015), die

so genannten „Mussmann-Studien“ der Universität Göttingen und die Pflicht zur Erfassung der Arbeitszeit durch den EuGH (2022) erzeugen jedoch inzwischen einen hohen Veränderungsdruck. Die Corona-Pandemie, die Digitalisierung und der akute Lehrkräftemangel sind weitere Faktoren, die die Dysfunktionalität des Pflichtstundenmodells offenlegen.

#### Das deutsche Modell

In der aktuellen Studie von Mark Rackles werden die Merkmale des deutschen Lehrkräftearbeitszeitmodells wie folgt skizziert: der 45-Minuten-Takt des Unterrichts, die geringe Differenzierung z. B. nach Stufen oder Fächern, die Unbestimmtheit der nichtunterrichtlichen Arbeitszeit und Ermäßigungsstunden für zusätzliche Aufgaben als einzige Möglichkeit, die bestimmte Arbeitszeit zu beeinflussen.

Die Unbestimmtheit der Tätigkeiten außerhalb des Kernunterrichts führt zwangsläufig dazu, dass jede Zusatzaufgabe mittelbar als Arbeitszeiterhöhung durchschlägt. Wird eine Ganztagschule

eingeführt, inklusiv gearbeitet oder Coaching für die Schüler\*innen angeboten, ist damit ein Zeitaufwand verbunden, der kaum oder gar nicht im Deputatsmodell abgebildet ist. Es besteht zwar die Option der Ermäßigungsstunden, aber auch diese sind recht starr und umfassen auch nicht allgemeine Aufgaben wie Kooperationszeiten. Weitere Kritikpunkte am Deputatsmodell sind die implizite Abwertung der nichtunterrichtlichen Tätigkeiten, die fehlende Differenzierung nach der tatsächlichen Belastung (Korrekturzeiten) und die zu geringe Anpassungsfähigkeit an neue Aufgaben oder situative Erfordernisse. Der letzte Punkt wurde während der Corona-Pandemie besonders augenscheinlich.

Wie erwähnt, wendet der Stadtstaat Hamburg seit 2003 ein Arbeitszeitmodell an, das sich an den tatsächlichen Aufgaben orientiert. Dort werden mittels einer Faktorisierung Unterschiede bei Fächern mit und ohne Korrekturaufwand sowie allgemeine und schulorganisatorische Aufgaben in einem Gesamtarbeitszeitbudget erfasst. Jede Lehrkraft erhält dann von der Schulleitung eine





individuelle Soll-Arbeitszeit und Unterrichtsverpflichtung zugewiesen.

Aber auch dieses Modell hat seine Schwachstellen. Die GEW Hamburg bemängelt, dass neue Aufgaben nicht in das Berechnungsmodell einfließen und sich die faktische Arbeitszeit keineswegs verringert hat.

#### **Handlungs- und Veränderungsdruck**

Trotz übereinstimmender Erkenntnis nahezu aller Akteure, dass ein neues Arbeitszeitmodell überfällig ist, zeigt sich das Pflichtstundenmodell außerordentlich veränderungsresistent. Aktuelle Entwicklungen könnten dies durchbrechen. In der Studie werden dafür folgende Faktoren angeführt:

**Gesundheitsschutz:** Der akute Lehrkräftemangel führt inzwischen zur systematischen Überlastung der Beschäftigten. Damit einher gehen die noch lange nicht bewältigten Auswirkungen der Coronapandemie. Entgrenzte Arbeit und eine übermäßige emotionale Beanspruchung sind inzwischen Alltag an vielen Schulen.

MERKMAL	ALTES MODELL	NEUES MODELL
Bezugsgröße	Deputatstunden	Wochenstunden*)
Zeitvorgabe	Unterrichtsstunden pro Woche	Wochenarbeitszeit*)
Soll-Arbeitszeit	Unbestimmt	46,5 Wochenstunden*)
Arbeitszeiterfassung	Nein	Ja
Überstunden jenseits des Unterrichts	Unbezahlt	Bezahlt
Differenzierung	Nach Schularten	Nach Schulstufen und Fächern
Aufgabenbeschreibung	Nein	Ja
Zeitliche Unterlegung der Tätigkeiten	Nur Unterricht	Alle Tätigkeitscluster
Präsenzpflicht	Nein	Nein
Zuweisungssystem	Zweckgebunden	Globalzuweisung
Autonomie der Schulleitung	Niedrig	Hoch
Beauftragung der Lehrkraft	Zentral	Dezentral (Schulleitung)
Personalmanagement	Zentral	Dezentral (Schulleitung)
Autonomie der Lehrkraft	Hoch	Mittel
Pädagogische Flexibilität	Niedrig	Hoch

\*) Jahresarbeitszeitmodell umgerechnet auf eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit (1.770 Jahresstunden auf 38 Unterrichtswochen; 47,5 Zeitstunden)

**Arbeitsrecht:** Die Rechtsprechung des EuGH vom Mai 2019 verlangt eine Erfassung der Arbeitszeit aller Tätigkeiten von Arbeitnehmer\*innen. Dies schließt in der Definition des EuGH auch Beamt\*innen mit ein. Die GEW auf Bundesebene hat bereits Eckpunkte hierzu formuliert. Unter anderem darf die Erfassung nicht zu Kontrollzwecken genutzt und keine Präsenzpflicht begründet werden. Es braucht die klare Definition der Tätigkeiten.

**Pädagogik:** Das breite Aufgabenspektrum der Lehrkräfte und die Veränderung der pädagogischen Arbeit erfordern eine Abkehr von der starren Arbeits- und Unterrichtszeit. Neben der Ganztagschule und der Inklusion wirkt auch die Digitalisierung als Treiber für den Wandel (Deeper Learning, Flipped Classroom,). Und nicht zuletzt hat die individuelle Förderung, beziehungsweise das differenzierte Lernen, heute einen hohen Stellenwert und erfordert flexible Lernformate, die in einem

Deputatsmodell kaum abzubilden sind. Der Einfluss durch den künftigen Einsatz von KI in Schule und Unterricht wird diese Aspekte vermutlich noch einmal zuspitzen.

**Fachkräftebedarf:** Der akute und für mindestens noch 20 Jahre andauernde Lehrkräftemangel macht eine strukturelle Änderung des bestehenden Arbeitszeitsystems hingegen eher unwahrscheinlich. Im internationalen Vergleich haben deutsche Lehrkräfte mit die höchsten Arbeitszeiten. Sie erledigen viele Aufgaben in der unbestimmten Arbeitszeit und zu einem Gutteil in unbezahlter Mehrarbeit. Ein neues Arbeitszeitmodell könnte also kaum eine Entlastung in Aussicht stellen, weil die dazu notwendigen Neueinstellungen nicht realisiert werden können. Entlastung könnte allenfalls durch eine Verlagerung von außerunterrichtlichen Tätigkeiten auf nichtpädagogisches Personal teilweise gelingen.

## KOMMENTAR

## Das Messen allein löst keine Probleme

*Keine Frage: Viele Lehrkräfte sind überlastet. Die Aufgaben außerhalb des Unterrichts nehmen seit Jahrzehnten kontinuierlich zu. Lehrkräfte und Schulen sollen immer mehr Aufgaben übernehmen. Man hört oft, wie Lehrkräfte sagen, „Wenn ich mich auf den Unterricht konzentrieren könnte, wäre alles in Ordnung.“ Allerdings: Dazu wird es nicht mehr kommen. Die Gesellschaft verändert sich, Kinder kommen mit anderen Kompetenzen in die Schule als früher, der Auftrag an die Schulen wird komplexer. Darauf muss das System Schule reagieren. Und die Erfassung, Definition und Begrenzung der Arbeitszeit der Lehrkräfte wird die Überlastung der Lehrkräfte deshalb auch nicht lösen können.*

*An Schulen können künftig nicht nur Lehrer\*innen arbeiten. Schulen müssen für die Bewältigung immer komplexer werdender Aufgaben multiprofessioneller werden. Und damit ist etwas anderes gemeint als das, was vom Kultusministerium in Alibi-Modellversuchen erprobt wird: Statt Geld für befristet Beschäftigte brauchen Schulen fest angestellte Schulsozialarbeiter\*innen, Theaterpädagog\*innen, Lerntherapeut\*innen und andere Fachleute. Lehrkräfte und Schulleitungen müssen von mehr Sekretär\*innen, Hausmeister\*innen und anderen Verwaltungsfachkräften bei der Verwaltung und Organisation der Schulen entlastet werden.*

*Das Deputatsmodell als Arbeitszeitregelung der Lehrkräfte ist seit Jahren umstritten. Zu Recht. Aber warum halten*

*alle Bundesländer außer Hamburg daran fest? Natürlich, weil es durch seine Unbestimmtheit Vorteile für die Länder als Arbeitsgeber hat. Aber auch, weil es an überzeugenden Alternativen mangelt. Auch das Hamburger Modell ist nicht nur aus Sicht der dortigen GEW aus zwei Gründen fragwürdig: Es hat bei seiner Einführung die (zu knappen) Ressourcen nur anders verteilt, es wurden keine neuen Stellen geschaffen. Und die Faktorisierung (Fächer werden je nach „Aufwand“ unterschiedlich gewichtet) erleben viele Beteiligte als ungerecht.*

*Bei der Arbeitszeit der Lehrkräfte ist das Schwierige gar nicht das Erfassen. Das Problem ist der nicht erkennbare politische Wille der Landesregierung, an der Konzeption und Ausstattung der Schulen etwas Wesentliches zu ändern. Deshalb besteht die Gefahr, dass nach der Erfassung der Arbeitszeit die Reaktion der Politik sein wird: Wer zu viel arbeitet, ist selbst schuld. Arbeitet halt schneller oder effizienter.*

*Die GEW wird bei der Diskussion um die Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte deshalb auch darauf achten, dass die Schulen ernsthaft und nachhaltig besser und aufgabengerechter für ihre anspruchsvolle Arbeit ausgestattet werden. Ein Ansatz, bei dem die bestehende Arbeit zwar erfasst, aber nur anders verteilt wird, muss scheitern. Denn dann gilt auch bei der Arbeitszeiterfassung wie bisher beim Deputatsmodell der schon oft genannte Satz: „Vom Wiegen wird die Sau nicht fetter!“*

**Michael Hirn**

### Handlungsempfehlungen

Die Empfehlungen der Studie sind klar: Die gesamte Arbeitszeit muss systematisch erfasst werden. Das Pflichtstundenmodell sollte durch „ein neues Zuweisungsmodell globaler Budgets an ergebnisverantwortliche Schulen“ ersetzt werden. Damit würden mehr Flexibilität, mehr Gerechtigkeit und ein besserer Gesundheitsschutz möglich. Der Jahresarbeitszeit sollte ein einfach gehaltenes Faktorisierungssystem zugrunde gelegt werden, das besonders die unterschiedlichen Anforderungen der Schulstufen und des Korrekturaufwands berücksichtigt. Die Tätigkeitsfelder Unterricht, unterrichtsnahe Tätigkeiten, professionelle Kompetenz und allgemeine Aufgaben müssen in die Arbeitszeit einfließen. Aufgrund der Schülerzahlen, des Bildungsplans und weiterer schulischer Kriterien (Ganztag, Inklusion, ...) wird eine Globalzuweisung der Einzelschule ermittelt. Was nun jede einzelne Lehrkraft erledigt, wird nach den Vorstellungen der Studie mit der Schulleitung besprochen und festgelegt. Die Schulleitung hätte in diesem Modell eine zentrale Funktion. Sie müsste ihrerseits entweder durch eine vollständige Freistellung oder durch eine zusätzliche Funktionsstelle (nichtpädagogische Verwaltung / „Personalabteilung“) entlastet werden. Die Umstellung der Arbeitszeit schafft dann Akzeptanz, wenn sie transparent und unter Einbeziehung der Beschäftigten vonstattengeht, ist Mark Rackles überzeugt. Für die Abkehr vom Deputatsmodell spreche eine höhere Arbeitszufriedenheit, eine höhere Effizienz und ein attraktiveres, weil zeitgemäßes Berufsbild. ■

**Ute Kratzmeier**

GEW-Referentin für allgemeinbildende Schulen

### Quelle:

• **Mark Rackles:** *Lehrkräftearbeitszeit in Deutschland – Veränderungsdruck und Handlungsempfehlungen, Expertise im Auftrag der Deutsche Telekom Stiftung Berlin, April 2023*

### Internationaler Vergleich

Das deutsche Deputatsmodell ist im internationalen Vergleich eine Ausnahme. Die in der Studie ausführlich dargestellten Arbeitszeitregelungen Österreichs, der Schweiz, von Dänemark, Spanien, Japan und den USA zeigen unterschiedlichste Modelle und Varianten der Definition und Festlegung der Arbeitszeit, der Präsenzzeiten, der Spreizung der Stunden nach Schulstufen und

Fächern und des Grads der Zentralisierung der Regelungen. Gemeinsam mit fast allen OCED-Ländern ist, dass die Arbeitszeit fast nirgends erfasst wird. Klare Aufgabenbeschreibungen, die Jahresarbeitszeit als Ausgangsbasis und die von den Lehrkräften faktisch wahrgenommenen Aufgaben sind laut Rackles hilfreiche Impulse aus der Schweiz, aus Dänemark oder Hamburg für ein alternatives Arbeitszeitmodell.







## SCHÜLER\*INNEN MIT NICHTDEUTSCHER FAMILIENSPRACHE

# Umgang mit Sprachenvielfalt

*Die Schülerschaft an den Schulen in Baden-Württemberg ist multikulturell. Damit verbunden ist ein hoher Anteil unter den Schüler\*innen mit vorwiegend nichtdeutscher Familiensprache, von denen fast die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Deren Sprachenvielfalt bildet die Ausgangsbedingung für die Sprachförderung im Deutschen und der Familiensprache an den Schulen.*

Prof. Dr. Horst Weishaupt

Deutschlandweit hat in den letzten Jahren der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund weiter zugenommen und inzwischen einen Anteil von 40 Prozent erreicht. Ursache dafür sind sowohl die langfristigen Folgen des als „Pillenknick“ bezeichneten starken Geburtenrückgangs in den 1960er Jahren als auch eine höhere durchschnittliche Kinderzahl bei den Zugewanderten. Es sollte nicht vergessen werden, dass mit den sogenannten „Gastarbeitern“, den Kontingentflüchtlingen, Aussiedler\*innen, Spätaussiedler\*innen und den gezielt angeworbenen Arbeitsmigrant\*innen aus der EU, die in Deutschland lebenden Migrant\*innen ganz überwiegend aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen von Deutschland in das Land geholt wurden. Daraus sollte sich eine besondere Verpflichtung für die Integration von deren Kindern in die deutsche Gesellschaft ergeben. Unzweifelhaft haben sie in der Zukunft eine große gesellschaftliche Bedeutung für die Sicherung eines ausreichenden und qualifizierten Arbeitskräfteangebots, wenn in den kommenden beiden Jahrzehnten die

geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit den Arbeitsmarkt verlassen.

Aus den unterschiedlichen Zuwanderungsgründen und den großen kulturellen Unterschieden zwischen den Herkunftsgesellschaften ist ableitbar, dass die Migrant\*innen eine sehr heterogene Gruppe darstellen. Im Durchschnitt wachsen die Kinder von Migrant\*innen aber unter sozial deutlich schlechteren Bedingungen auf als die Kinder ohne Migrationshintergrund (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2022, S. 49; [www.bildungsbericht.de](http://www.bildungsbericht.de)), was zu Bildungsbenachteiligungen führt, die zusätzlich mit sprachlichen Barrieren verknüpft sind. Ein zunehmender Anteil der Schüler\*innen wächst in Familien auf, die überwiegend zu Hause kein Deutsch sprechen. Dazu trägt zwar die fortgesetzte Zuwanderung aus Krisenregionen bei. Aber die gegenwärtige Entwicklung dürfte nicht unwesentlich auch damit zusammenhängen, dass sich das Land zu wenig bemüht hat, damit die schon länger hier lebenden Migrant\*innen die deutsche Sprache beherrschen lernen.

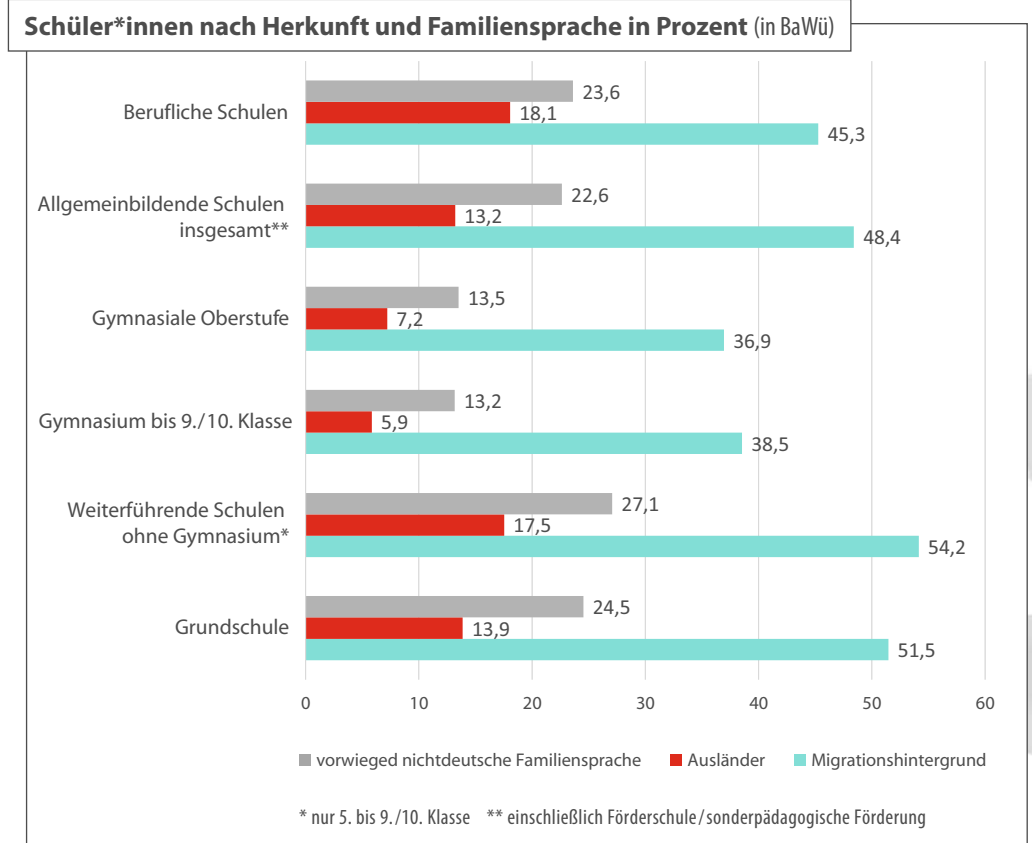


Abbildung 1

### Migrationsanteil der Schüler\*innen 2021

Anhand der Ergebnisse des Mikrozensus 2021 kann für Baden-Württemberg dargestellt werden, wie hoch der Anteil unter den Schüler\*innen mit Migrationshintergrund, ausländischer Staatsbürgerschaft und nichtdeutscher Familiensprache ist (Abbildung 1). Die Statistischen Ämter führen den Mikrozensus jährlich durch. Dabei werden repräsentative Haushalte der Bevölkerung mit Auskunftspflicht befragt. Im Mikrozensus werden die Migrationsmerkmale der Schüler\*innen nach bundesweit einheitlichen und teilweise von der Schulstatistik abweichenden Erhebungskriterien erhoben. Insbesondere unterschätzt die Schulstatistik den Anteil der Schüler\*innen mit Migrationshintergrund, weil sie keine Elternmerkmale berücksichtigt.

Weil in der Grundschule noch alle Schüler\*innen gemeinsam erfasst werden, sind die Ergebnisse (Abbildung 1) besonders aufschlussreich. In Baden-Württemberg liegt (mit 51,5 Prozent) der Anteil der Schüler\*innen mit Migrationshintergrund weit über dem Bundesdurchschnitt von 40,5 Prozent. Die Daten zu den Kindern im Vorschulalter lassen einen weiteren Anstieg dieses Anteils erwarten. Zum Zeitpunkt des Zensus 2011 hatten in Baden-Württemberg 33,1 Prozent der Grundschüler\*innen einen Migrationshintergrund und 26,6 Prozent eine ausländische Staatsbürgerschaft.

Nur etwas mehr als ein Viertel aller Grundschülerinnen und -schüler mit Migrationshintergrund hat keine deutsche Staatsbürgerschaft (13,9 Prozent), aber etwa die Hälfte von ihnen spricht vorwiegend eine nichtdeutsche Sprache in der Familie (24,5 von 51,5 Prozent). In der Sekundarstufe konzentrieren

sich die Schülerinnen und Schüler mit ausländischer Staatsbürgerschaft, Migrationshintergrund und nichtdeutscher Familiensprache auf die nichtgymnasialen Schularten.

### Sprachgebrauch in den Familien und Sprachenvielfalt

Der Mikrozensus erfasst die Sprache in den Familien danach, ob ausschließlich Deutsch gesprochen wird, Deutsch als Familiensprache dominiert, vorwiegend eine andere Sprache gesprochen wird oder Deutsch in der Familie nicht gesprochen wird. Wird vorwiegend eine andere Sprache in den Familien gesprochen, dann wird auch die in den Familien gesprochene Sprache relativ differenziert erfasst.

Abbildung 2 informiert über die unterschiedlichen Sprachkonstellationen in den Familien. In Baden-Württemberg wächst fast ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler in Familien auf, in denen nicht ausschließlich Deutsch gesprochen wird, ein Viertel in Familien mit einer vorwiegend nichtdeutschen Familiensprache und 4,6 Prozent sprechen kein Deutsch in der Familie. 11,5 Prozent aller Schülerinnen und Schülern haben eine vorwiegende oder ausschließliche nichtdeutsche Familiensprache, und sind deutsche Staatsbürger\*innen. In der Grundschule sind die beschriebenen Anteile höher als in der Sekundarstufe II.

Die kulturelle Vielfalt der Schülerinnen und Schüler mit vorwiegend nichtdeutscher Familiensprache wird an der Verteilung der gesprochenen Sprachen auf einzelne Sprachen und Sprachgruppen deutlich (Abbildung 3). Beachtenswert ist, dass neben der türkischen und der arabischen Sprache, relativ

### Deutschanteil der Familiensprache (in BaWü 2021)

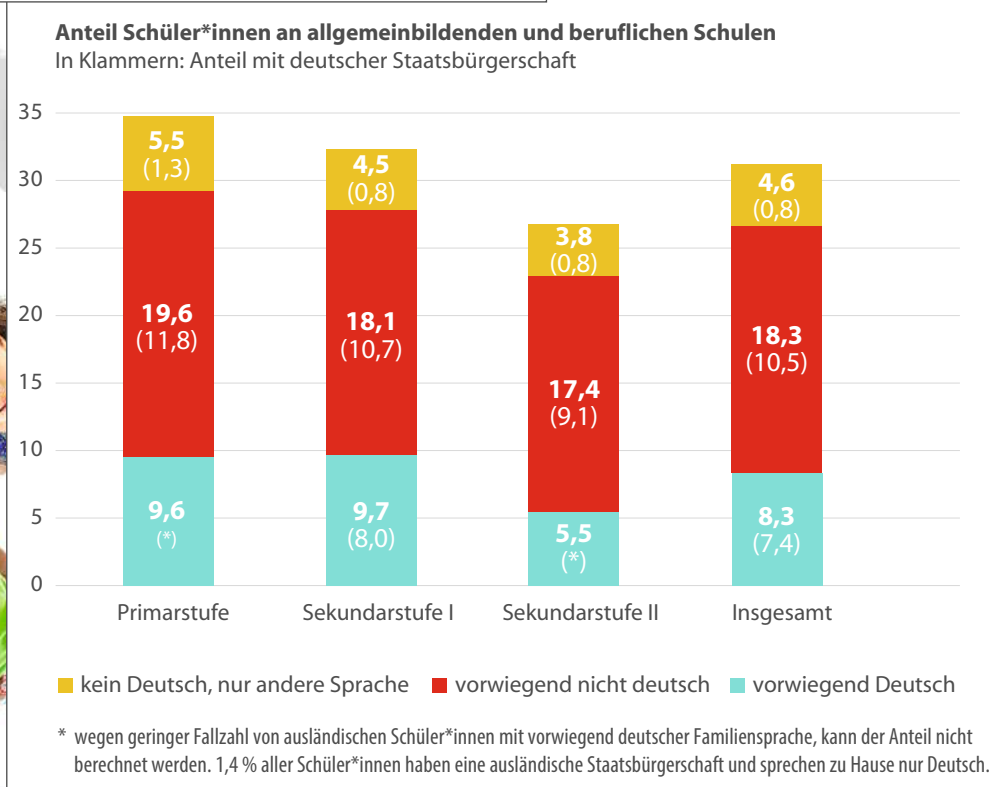


Abbildung 2

### Nichtdeutsche Familiensprache (2021)

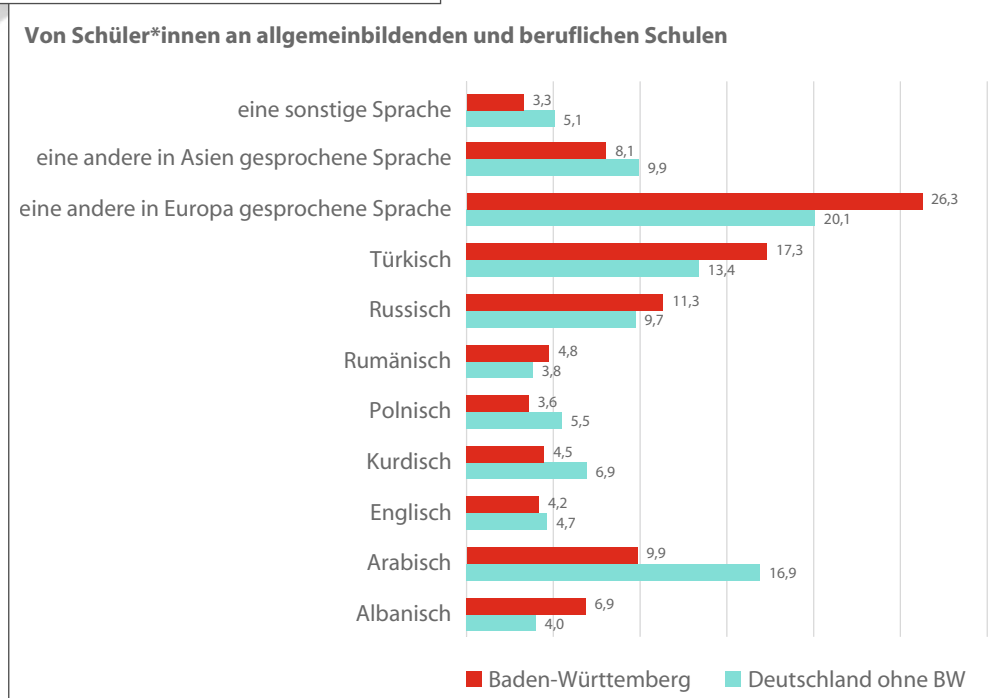


Abbildung 3



## Fast an jeder 6. Schule wächst die Mehrheit mit nichtdeutscher Familiensprache auf.



häufig kurdisch gesprochen wird. Neben Türk\*innen sind dies Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak. Unter den europäischen Sprachen kommen die auf dem Balkan gesprochenen Sprachen häufig vor. Auch sind Polnisch und Rumänisch wichtige Familiensprachen. Unter den englischsprachigen Schülerinnen und Schülern sind neben den Briten und Amerikanern auch Pakistani eine wichtige Nationalität. Albanisch wird auch häufig von Nordmazedoniern gesprochen.

### **Schulische Förderung der Familiensprache**

Baden-Württemberg überlässt die Förderung der Herkunftssprache über muttersprachlichen Unterricht in der Grundschule ausschließlich den Konsulaten der Herkunftsländer, obwohl die Schülerinnen und Schüler möglicherweise deutsche Staatsbürger sind. Derzeit wird muttersprachlicher Zusatzunterricht von 14 Herkunftsländern angeboten: Bosnien-Herzegowina, Griechenland, Italien, Kosovo, Kroatien, Nord-Mazedonien, Polen, Portugal, Serbien, Slowenien, Spanien, Türkei, Tunesien und Ungarn. Die Nutzung dieses Angebots ist stark rückläufig und hat sich seit

2008/09 fast halbiert, was auch auf den Wunsch der Eltern nach einem muttersprachlichen Unterricht in öffentlicher Verantwortung zurückgeführt werden kann (Lengyel/Neumann 2017). Bezogen auf alle Grundschülerinnen und -schüler mit Migrationshintergrund nehmen im Schuljahr 2022/23 mit 29.331 etwa 15 Prozent an muttersprachlichem Unterricht teil. Stark überrepräsentiert ist die Türkei, die mit 15.996 Schülerinnen

*„Zur Integration gehört aber auch die Unterstützung der Familiensprachen über bilinguale Klassen, herkunftssprachlichen Unterricht und Fremdsprachenunterricht in den Herkunftssprachen.“*

**Anteil der Schüler\*innen mit Migrationshintergrund (Definition der Schulstatistik) im Schuljahr 2021 / 22 (in BaWü)**

Schulart (Streuweite des Anteils der Schüler*innen mit Migrationshintergrund)*		Schulen nach Anteil der Schüler*innen mit Migrationshintergrund					Schüler*innen in Schulen mit 50 % und mehr Schüler*innen mit Migrationshintergrund	
		75 % und höher	50 – 74,9 %	25 – 49,9 %	unter 25 %	Ins- gesamt	ohne Migrations- hintergrund	mit Migrations- hintergrund
Grundschulen** (100 – 0)	absolut	43	234	735	1.429	2.441	23.349	39.245
	in v. H.	1,8	9,6	30,1	58,5	100	8,8	33,9
Sonderpäd Bildungs- und Beratungs- zentren (SBBZ) (100 – 0)	absolut	14	164	292	150	620	6.399	9.871
	in v. H.	2,3	26,5	47,1	24,2	100	20,3	46,0
Gemeinschafts- schulen (87,9 – 0)	absolut	8	67	157	101	333	7.760	12.938
	in v. H.	2,4	20,1	47,1	30,3	100	14,0	40,2
Gymnasien (89,5 – 0)	absolut	1	8	66	381	456	1.882	2.713
	in v. H.	0,2	1,8	14,5	83,6	100	0,8	5,7
Realschulen (83,1 – 0)	absolut	9	54	143	267	473	10.980	18.842
	in v. H.	1,9	11,4	30,2	56,4	100	7,4	31,8
Werkrealschulen (100 – 0)	absolut	33	88	89	71	281	7.089	15.286
	in v. H.	11,7	31,3	31,7	25,3	100	32,3	70,9
Insgesamt	absolut	108	615	1.482	2.399	4.604	57.459	98.895
	in v. H.	2,3	13,4	32,2	52,1	100,0	7,4	33,2
Schulen im Programm „Schule macht stark“ (91,8 – 12,5)	absolut	11	10	1	2	24		

\*ohne Abendschulen, Kollegs, Schulen besonderer Art (Gesamtschulen) und Freie Waldorfschulen, einschließlich Schulen für Kranke an Krankenhäusern etc.

Tabelle 1

und Schülern für mehr als die Hälfte aller Teilnehmenden muttersprachlichen Unterricht anbietet. Für häufig vorkommende Sprachen wie Russisch, Kurdisch und Arabisch fehlen muttersprachliche Angebote.

Der Fremdsprachenunterricht in den Herkunftssprachen hat in Baden-Württemberg keine Bedeutung. Im Schuljahr 2021 / 22 gab es nur für 17 Schüler\*innen muttersprachlichen Fremdsprachenunterricht in Türkisch.

### **Konzentration der Schüler\*innen mit nichtdeutscher Sprache auf wenige Schulen**

Die Verteilung der Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache auf Schulen kann über die Schulstatistik nur indirekt erfasst werden, weil nur Informationen zum Migrationshintergrund nach einzelnen Schulen vorliegen. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache (22,6 Prozent) liegt aber nur wenig unter dem Anteil der Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund nach

der Schulstatistik (27,8 Prozent). Insofern lässt sich von den Daten der Schulstatistik zum Migrationshintergrund gut auf die Konzentration von Schülerinnen und Schülern mit nichtdeutscher Familiensprache schließen. Fast an jeder sechsten Schule in Baden-Württemberg muss deshalb davon ausgegangen werden, dass die Mehrheit ihrer Schülerinnen und Schüler mit einer nichtdeutschen Familiensprache aufwachsen: bei den Grundschulen ist es jede neunte, bei den Realschulen jede achte Schule. An Gymnasien kommt diese Situation fast nicht vor, aber an jedem vierten Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum und an vier von zehn Werkrealschulen und jeder fünften Gemeinschaftsschule.

Insgesamt ist aus den schulstatistischen Daten zu schließen, dass ein Drittel der Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Familiensprache eine Schule besuchen, in der diese Schüler\*innen überwiegen (Tabelle 1). Was dies für die durchschnittlichen Schülerleistungen an den Schulen bedeutet, lässt sich aus den Ergebnissen des IQB-Bildungstrends ableiten.



Foto: JohnnyGreig / iStock

## Kinder mit 2-seitigem Migrationshintergrund liegen im Lesen durchschnittlich ein Schuljahr zurück.

Danach liegen die durchschnittlichen Leistungen von Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund, die in Deutschland aufgewachsen sind, im Lesen durchschnittlich um ein Schuljahr unter den Leistungen der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund (438 zu 497 Punkte) ([www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2021/Bericht/](https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2021/Bericht/), S. 190). Die Familiensprache hat darauf einen entscheidenden Einfluss. Von den 24 Schulen im Bund-Länder-Programm „Schule macht stark“ zur Förderung von Schulen in sozial schwierigen Lagen gehören 21 zu den Schulen, die mehrheitlich von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund besucht werden.

### Fazit:

Für die einwandfreie Beherrschung der deutschen Sprache von allen Schüler\*innen, die in Deutschland mit nichtdeutscher Familiensprache aufwachsen, wären vor allem an den Grundschulen und den nichtgymnasialen weiterführenden Schulen mit mehrheitlich Schüler\*innen nichtdeutscher Familiensprache erhebliche zusätzliche Fördermaßnahmen notwendig. Dadurch würden die Leistungsunterschiede zwischen den Schulen verringert und der Anteil von Schülerinnen und Schülern kleiner, der noch nicht einmal die Mindeststandards im Lesen im 4. Schuljahr erreicht (<https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2021/Bericht/>, S. 192). Zur Integration gehört aber auch die Unterstützung der Familiensprachen über bilinguale Klassen, herkunftssprachlichen Unterricht und Fremdsprachenunterricht in den Herkunftssprachen. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund verfügen zwar nach Auffassung des Kultusministeriums „mit den Sprachkenntnissen in ihren Herkunftssprachen über zusätzliche und förderungswürdige Kompetenzen“. Dies wird aber anders als in anderen Bundesländern – nicht als Aufgabe des öffentlichen Schulwesens angesehen.



**Prof. i.R. Dr. Horst Weishaupt,**  
DIPF / Leibniz-Institut für Bildungsforschung  
und Bildungsinformation, Abteilung Struktur  
und Steuerung des Bildungswesens

### Literaturhinweise

- **Lengyel, D., Neumann, U. (2017):** Herkunftssprachlicher Unterricht in Hamburg. Eine Studie zur Bedeutung des herkunftssprachlichen Unterrichts aus Elternsicht (HUBE). In: *Die Deutsche Schule*, 109 (3), S. 273 – 282.



## HERKUNFTSSPRACHE ALS BILDUNGSKAPITAL?

# Über die Wert(los)igkeit von Migrationssprachen

*In Baden-Württemberg wächst rund die Hälfte aller Schüler\*innen zwei- oder mehrsprachig auf. Statt ihre Herkunftssprachen abzuwerten, könnten sie Bildungskapital werden. Dazu müssten sie in schulisch-unterrichtlichen Kontexten gelehrt und gelernt werden und nicht länger im Muttersprachenunterricht der konsularischen Vertretungen ein Schattendasein führen.*

Prof. Dr. Havva Engin

Durch verschiedene Zuwanderungsbewegungen (Gastarbeiteranwerbung, Fluchtmigration Anfang der 1980er-Jahre, Zuwanderung von Spätaussiedler\*innen, Kriegsgeflüchtete ab 2015) wurde die deutsche Gesellschaft vielfältig und divers. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes/Mikrozensus hat nahezu ein Drittel der Bevölkerung einen sogenannten Migrationshintergrund, heißt, dass die betreffende Person oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde. Innerhalb der jüngeren Generationen liegt der Anteil deutlich darüber; zuletzt zeigte die IQB-Studie, dass in Baden-Württemberg 49,1 Prozent der Grundschüler\*innen einen Migrationshintergrund aufweisen (vgl. Stanat u. a. 2022) – und damit potenziell mehrsprachig aufwachsen.

## Präsenz von Migrationssprachen in Gesellschaft und Schule

Seit fast zwanzig Jahren belegen Studien, dass in Deutschland die Familien- / Herkunftssprachen im Leben von Kindern und Jugendlichen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte eine zentrale Rolle spielen und von diesen auch aktiv verwendet werden (vgl. DJI 2000; Baur u. a. 2005). Unter anderem deshalb sind in der Zwischenzeit immer mehr Bundesländer dazu übergegangen, den Muttersprachenunterricht der konsularischen Vertretungen durch einen staatlich verantworteten Herkunftssprachenunterricht zu ersetzen oder zu ergänzen, also Konsulatsunterricht und Herkunftssprachenunterricht parallel anzubieten. Entgegen den Entwicklungen in anderen Bundesländern wird in Baden-Württemberg und Bayern weiterhin nur der



Muttersprachenunterricht der konsularischen Vertretungen angeboten. Gegenwärtig nehmen in Baden-Württemberg an diesem Unterrichtsangebot rund 29.000 Schüler\*innen teil (vgl. Baumgärtel 2021).

In den letzten Jahren gab es in Baden-Württemberg zwei ernsthafte Initiativen, welche die Landesregierung aufforderten, das Modell des Muttersprachenunterrichts der Konsulate in Herkunftssprachenunterricht in staatlicher Verantwortung zu überführen. So reichte im Sommer 2018 die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit der GEW Baden-Württemberg einen solchen Antrag ein und forderte die Einrichtung eines entsprechenden Modellversuchs.

Am 30.07.2018 nahm damals die amtierende Kultusministerin Susanne Eisenmann Stellung und empfahl, dem Antrag nicht stattzugeben (vgl. Drucksache 16/4380). Bei der Frage nach der Bedeutung von Herkunftssprachen für die Persönlichkeitsentwicklung und Lernmotivation der Sprecher\*innen verwies sie darauf, dass die „aktuelle Forschungslage (...) diesbezüglich ein eher heterogenes Bild [ergebe]“.

Sie stellte die positive Rolle des Herkunftssprachenunterrichts für die Entwicklungen der sprachlichen Leistungen der Lernenden infrage bzw. setzte diese in Konkurrenz zum Deutschförderunterricht: „Forschungsbefunde sprechen dafür, dass frühe und nachhaltige Sprachförderung in der Sprache Deutsch für die positive Entwicklung der Schülerleistungen wichtiger ist, als es für muttersprachliche Angebote gesagt werden kann.“ Auf S.7 in dieser Drucksache unterstrich sie, dass der schulisch-unterrichtliche Stellenwert von Herkunftssprachen in der Unterstützung des Deutscherwerbs zu sehen sei und weniger als ein eigenständiger Bildungswert. Dementsprechend lehnte sie den Modellversuch ab: „Die Einrichtung eines solchen Modellversuchs ist derzeit nicht vorgesehen“.

Dass die ablehnende Positionierung gegenüber einem Herkunftssprachenunterricht in staatlicher Verantwortung nicht parteipolitisch motiviert ist, sondern eine durchgehende Konstante der Landespolitik darstellt, wird aus der Antwort des Petitionsausschusses bzw. des Landtages auf die „Petition zum herkunftssprachlichen Unterricht in staatlicher Verantwortung“ des Landesverbandes der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA) vom 21.02.2020 deutlich ([www.laka-bw.de](http://www.laka-bw.de)). In der Begründung des Petitionsausschusses (vgl. Drucksache 17/3450) wird auf den Anspruch jedes Menschen auf das Erlernen seiner Mutter-/Herkunftssprache in schulisch-unterrichtlichen Kontexten gemäß internationalem und nationalem Recht geantwortet: „Wie sich aus dem Wortlaut der Regelung ergibt, besteht keine Verpflichtung auf Übernahme des muttersprachlichen Zusatzunterrichts in staatliche Verantwortung, sondern lediglich auf eine Förderung des muttersprachlichen Zusatzunterrichts in Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten. Dieser

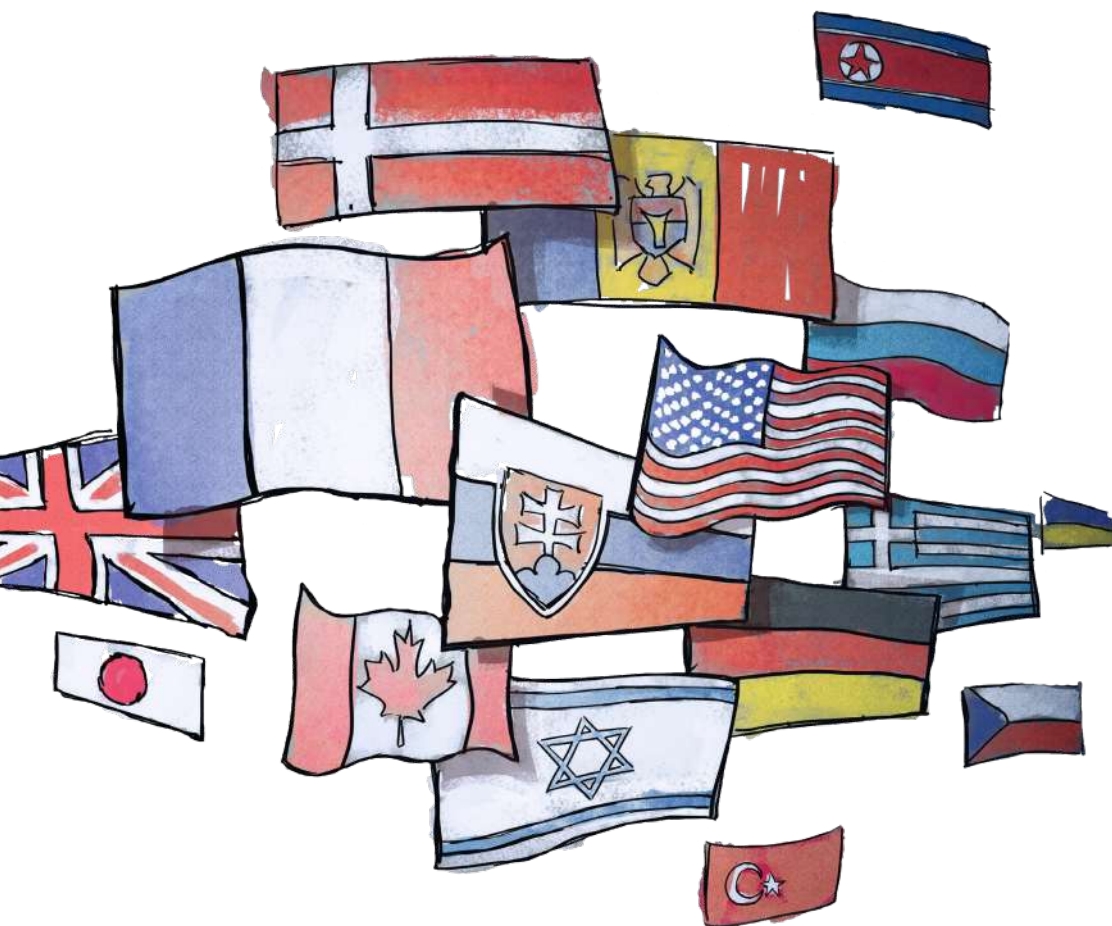


Verpflichtung wird u. a. durch die finanzielle Förderung Rechnung getragen.“ Die Landespolitik hält folglich weiterhin an einem Unterrichtskonzept fest, das vor über vierzig Jahren als Notwendigkeit auf die gesellschaftlichen Bedarfe eingeführt wurde. Ziel war damals, mit Förderung der Mutter-/Herkunftssprache die Rückkehrfähigkeit der „Gastarbeiterkinder“ in die heimatlichen Bildungssysteme zu erhalten.

Interessant ist, wie das gesellschaftlich wie auch bildungspolitisch überholte Modell begründet wird: „Der muttersprachliche Unterricht ist ein Beitrag zur Förderung der Mehrsprachigkeit und der interkulturellen Bildung, der die Identitäts- und Persönlichkeitsentwicklung fördert. Gerade in der Auseinandersetzung mit kulturell bedingt unterschiedlichen Wertvorstellungen kann die Reflexion über die eigene Verortung gefördert werden.“

Wenn man bedenkt, dass der muttersprachliche Ergänzungsunterricht in Verantwortung der Konsulate weiterhin von Lehrkräften erteilt wird, die in den Herkunftsländern ausgebildet werden und mit Bildungsplänen und Unterrichtsmaterialien aus den Entsendeländern arbeiten, erschließt sich nicht, wie dieser monolinguale Unterricht die Mehrsprachigkeit der teilnehmenden Schüler\*innen positiv beeinflussen soll, zumal die Materialien weder didaktisch noch methodisch darauf ausgerichtet sind.





**„Die ablehnende Positionierung gegenüber einem Herkunftssprachenunterricht in staatlicher Verantwortung ist nicht parteipolitisch motiviert, sondern eine durchgehende Konstante der Landespolitik.“**

Darüber hinaus werden den Schüler\*innen seitens der Bildungsverwaltung kulturell bedingte unterschiedliche Wertvorstellungen unterstellt, für deren Reflexion der muttersprachliche Unterricht den geeigneten Rahmen bietet. Deutlicher gesprochen: Schüler\*innen erhielten dort Gelegenheit, sich mit ihrer Fremdheit auseinanderzusetzen. Die demografischen Fakten belegen allerdings, dass viele dieser Schüler\*innen der dritten Einwanderungsgeneration angehören. Ihre Eltern wurden bereits in Deutschland geboren. Mit dieser Aussage erfolgt eine Kulturalisierung der Zielgruppe durch „Othering“.

Dadurch agiert der Petitionsausschuss bzw. das Kultusministerium diskriminierend, denn es wird eine Schüler\*innengruppe „konstruiert“, die in ihren Prägungen den hiesigen Werten weiterhin fremd bleibt.

Mit der Stellungnahme des Petitionsausschusses wird dem Herkunftssprachenunterricht die Legitimation als eigenständiges Unterrichtsfach abgesprochen. Stattdessen soll der Deutsch(förder)unterricht gefördert werden: „Dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg liegen weder verlässliche noch eindeutige wissenschaftliche Erkenntnisse dazu vor, dass herkunftssprachlicher Unterricht positive Auswirkungen auf die Sprachkompetenz in der Zweitsprache und auf die Leistungen in den anderen schulischen Fächern hat. Es wird davon ausgegangen, dass die frühe und nachhaltige Sprachförderung in der Sprache Deutsch für die positive Entwicklung der Schülerleistung wichtiger ist.“ Wenn keine wissenschaftlichen und pädagogischen Erkenntnisse zum Mehrwert von Herkunftssprachen vorliegen, stellt sich die Frage, warum in den anderen Bundesländern schrittweise Herkunftssprachenunterricht in staatlicher Verantwortung eingeführt wurde? Über welche Informationen verfügen deren Kultusministerien, die der baden-württembergischen Bildungspolitik bisher verborgen blieben?



### **Herkunftssprachen – (k)ein Bildungskapital?**

Allein anhand dieser zitierten Passagen lässt sich belegen, dass – zumindest auf der bildungspolitischen Ebene – Herkunftssprachen nicht als Bildungskapital bewertet werden und demzufolge auch keine Notwendigkeit gesehen wird, in Baden-Württemberg diese in das schulische Regelangebot aufzunehmen.

Unabhängig von Wahlperioden und der ministeriellen Leitung des Kultusministeriums bleibt unveränderlich: Migrations-sprachen, die für nahezu die Hälfte der Schülerschaft in lebensweltlich-familiären Kontexten präsent sind und Relevanz besitzen, werden politisch ignoriert; die Zuständigkeit wird bei den Herkunftsländern und deren konsularischen Vertretungen belassen. Insofern spiegelt die Feststellung der Erziehungswissenschaftlerin Professorin Ingrid Gogolin aus den frühen 1990ern das Verhalten einer Landesbildungspolitik von Baden-Württemberg wider, die weiterhin an einem monolingualen Habitus von Schule in einer multilingualen Gesellschaft festhält.

### **Notwendigkeit für einen überfälligen Perspektivwechsel**

Die Position der politisch Verantwortlichen gegenüber Herkunftssprachen blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Gesellschaft. Im Gegenteil: Obwohl Baden-Württemberg als Flächenland, gemeinsam mit Hessen, den höchsten Bevölkerungsanteil mit Zuwanderungserfahrung besitzt, sind die öffentlichen Diskussionen um die Bedeutung von Migrations-sprachen weiterhin durchgehend defizitorientiert. Erinnerung sei an den Fall vom Sommer 2020 aus Blumberg (Schwarzwald-Baar-Kreis), wo eine Lehrkraft einer Grundschülerin verbot, mit der Klassenkameradin auf dem Schulhof türkisch zu sprechen und diese mit einer Strafarbeit belegte.

In Baden-Württemberg ist ein bildungspolitisch-administrativer Perspektivwechsel längst überfällig: In einer von Migrationsdiversität geprägten Gesellschaft stellt die lebensweltliche Zwei-/Mehrsprachigkeit eine Alltagsrealität für die Hälfte der Schüler\*innen dar. Herkunftssprachen könnten zum Bildungskapital werden, wenn sie, auf einem zeitgemäßen curricula-ren und sprachdidaktischen Fundament fußend, in schulisch-unterrichtlichen Kontexten gelehrt und gelernt werden würden. Der Perspektivwechsel von einem Defizitblick zum Ressourcenansatz sollte idealerweise auch mit einer Änderung mancher Begrifflichkeiten einhergehen. Ein Beispiel ist die Zuschreibung „Schüler\*innen nicht-deutscher Herkunftssprache“ Statt zu fragen, wer nicht Deutsch spricht, könnte man in inkludierender Form die familiäre Mehrsprachigkeit erheben. Dadurch würden die betreffenden Schüler\*innen nicht ausgrenzt bzw. diskriminiert.

Die politischen Diskussionen um die Einführung eines Herkunftssprachenunterrichts zeigen, dass es bei dem Thema im Grunde um die Einlösung demokratischer Grundrechte geht, und um die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit im Bildungssystem (vgl. Anger/Plünnecke 2021), deren Realisierung die hiesige Landespolitik bisher schuldig geblieben ist.



### **Literatur:**

- **Anger, Christina / Plünnecke, Axel**, 2021, *Bildungsgerechtigkeit. Herausforderung für das deutsche Bildungssystem, IW-Analysen*, Nr. 140, Köln.
- **Baumgärtel, Linda**: *Schulische Mehrsprachigkeit im Kontext von Zuwanderung: Migrations-sprachen als schulisches Angebot: Ein systematischer Überblick bestehender Angebote in einzelnen Bundesländern. Eine empirisch-qualitative Studie. Unveröffentlichte Bachelorarbeit. PH Heidelberg 2021.*
- **Baur/Chlosta/Ostermann/Schroeder (2005)**: „Was spricht Ihr vornehmlich zu Hause?“ Zur Erhebung sprachbezogener Daten. In: [www.uni-due.de](http://www.uni-due.de)
- **Deutsches Jugendinstitut (2000)**: *Wie Kinder multikulturellen Alltag erleben. Projektbericht. München: DJI.*
- **Petra Stanat, Stefan Schipolowski, Rebecca Schneider, Karoline A. Sachse, Sebastian Weirich, Sofie Henschel (Hrsg.) (2022)**: *IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich. Waxmann: New York.*
- **SPD Landtagsfraktion Baden-Württemberg (2018)**: *Positionspapier Herkunftssprachlicher Unterricht an Schulen. [www.spd-landtag-bw.de/](http://www.spd-landtag-bw.de/)*
- **Landtag von Baden-Württemberg**: *Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport. Die Einführung von herkunftssprachlichem Unterricht in staatlicher Verantwortung in Form eines Modellversuchs an Schulen in Baden-Württemberg ermöglichen. 16. Wahlperiode, 09.07.2018. Drucksache 16/4380. [www.landtag-bw.de](http://www.landtag-bw.de)*
- **Landtag von Baden-Württemberg**: *Petition 16/4158 betr. Muttersprachlicher Unterricht für Kinder von Migranten. 17. Wahlperiode, 11.11.2022. Drucksache 17/3450. [www.landtag-bw.de/](http://www.landtag-bw.de/)*



**Havva Engin**, Professorin für Allgemeine Pädagogik an der PH Heidelberg und Leiterin des Heidelberger Zentrums für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik. 2023 wurde sie in den Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) gewählt.

## SPRACHERWERB IN VORBEREITUNGSKLASSEN

# „So können wir das nicht lassen“

Seit dem Balkankonflikt in den 90-Jahren unterrichtet Rena Thormann in Vorbereitungsklassen. Die Grund- und Hauptschullehrerin, die in einer Karlsruher Realschule arbeitet, hat sich all ihr Wissen über Deutsch als Zweitsprache (DaZ) in persönlichen Fortbildungen und zusätzlichen Studiengängen angeeignet. Sie berichtet, was für einen guten Spracherwerb nötig wäre.

Maria Jeggle

**Können Sie in wenigen Sätzen skizzieren, was einen guten Unterricht in Vorbereitungsklassen (VKL) auszeichnet?**

**Rena Thormann:** Zentral sind Classroom-Management und Differenzierung. Da steckt unglaublich viel drin. Classroom-Management in VKL bedeutet in Schlagwörtern gesprochen: Diagnostik, Erstaufnahme, Aufbereitung des Raumes, differenziertes Arbeiten in Niveaugruppen am besten mit Wochenplänen. Zur Diagnostik gehört zunächst eine bildungsbiografische Ersterfassung, anschließend Beobachtungsdiagnostik. Wenn Kinder schon Deutschkenntnisse mitbringen, ist eine linguistische Diagnostik wichtig. Erhoben werden sollte der Stand von Englisch und überfachliche Qualifikationen und am besten auch mathematische Kenntnisse.

**Was hat sich in den letzten Jahren verändert?**

Bis zum Ukraine-Krieg ist das Unterrichtskonzept relativ gleichgeblieben. Es kamen immer Kinder und Jugendliche aus der EU, aus Kriegsgebieten und sogenannten Drittstaaten. Mit dem Ukraine-Krieg kamen viele Schüler\*innen sehr schnell und nun gibt es Klassen mit einem sehr großen Anteil von Ukrainer\*innen oder nur mit ukrainischen Kindern. Während vorher in den Klassen eine Sprachheterogenität vorherrschte und sich die Schüler\*innen untereinander nur in Deutsch verständigen konnten, können sich die ukrainischen Kinder problemlos unterhalten und sehen gar nicht die Notwendigkeit, dass sie Deutsch lernen sollen. Dazu kommt: Die Kinder sind verunsichert, die Eltern ebenso, sie wissen nicht, ob und wann sie in ihr Land zurückgehen können. Viele haben außerdem noch ukrainischen Online-Unterricht. Das Deutschlernen verzögert sich so unglaublich. Ich habe noch nie eine so schlecht sprechende VKL gehabt.



RENA THORMANN

*In der Vorbereitungsklasse einer Realschule arbeitet Rena Thormann zurzeit mit 24 ausschließlich ukrainischen Kindern als Klassenlehrerin. Sie unterrichtet außerdem Deutsch in der 9. Klasse. Ihre Erfahrungen gibt sie auch als Fachberaterin weiter.*

**Von ukrainischen Schulklassen abgesehen, sitzen in Ihren Klassen meist Schüler\*innen aus verschiedenen Nationen mit unterschiedlichen Familiensprachen. Spielt es eine Rolle aus welchen Kulturen oder mit welchen Herkunftssprachen die Schüler\*innen in die VKL kommen?**

Wir suchen immer wieder Ähnlichkeiten. Wenn ich beispielsweise ein neues Wort einführe, frage ich: „Wie heißt das in deiner Sprache?“ Fremdwörter sind oft hilfreich. „Fotosynthese“ beispielsweise verstehen viele sofort, weil es Entsprechungen in ihrer Sprache gibt. Oder ich lasse ein zentrales Wort in verschiedenen Sprachen anschreiben. Es ist unglaublich interessant, wie das in den vielen Sprachen, zum Beispiel auch in Chinesisch oder Japanisch, aussieht.

**Empfinden das die Kinder als eine Art von Wertschätzung für ihre Herkunftssprache?**

Durchaus. Wertschätzung im Sinne von

„Ich sehe deine Sprache. Es ist sehr wertvoll, dass du jetzt eine zusätzliche Sprache lernst, und wir schauen, wo wir uns begegnen können.“ Ich bitte sie auch oft, einen Satz in ihrer Sprache zu wiederholen, damit sie sehen, für mich ist es genauso schwer, ihre Sprache zu lernen.

**Wenn Sie als VKL-Lehrerin auch Deutsch in den Regelklassen unterrichten, gehen Sie mit Kindern, die Deutsch noch nicht so gut beherrschen, anders um als Kolleg\*innen, die keine Erfahrung mit Vorbereitungsklassen haben?**

Ich weiß um die Hürden und Stolpersteine der deutschen Sprache und baue meinen Unterricht daher anders auf. Ein sprachsensibler Fachunterricht fehlt immer noch in den Ausbildungen der Lehrkräfte. Ohne Erfahrung kommen sie aber an Grenzen, weil sie im herkömmlichen Unterricht die

Schwierigkeiten der deutschen Sprache nicht beachten. Ein Beispiel aus unserer Schule: Aktuell fehlt eine Kollegin im VKL, daher musste mein Schulleiter unerfahrene Lehrkräfte in einzelne Stunden schicken. Ein Physik- und Techniklehrer, wusste sich nicht zu helfen. Als ich ihn eine Unterrichtsstunde hospitieren ließ, hat er zum ersten Mal gemerkt, dass Kinder zuerst ein Sprachgerüst brauchen, damit später ein Textverständnis entsteht.

**Wäre es eine gute Idee, alle Lehrkräfte mal eine Vorbereitungsklasse zu schicken, damit sie die Schwierigkeiten der Kinder besser verstehen?**

Unbedingt. Ich bin sehr offen für Hospitationen. Vom Seminar in Karlsruhe kommt regelmäßig eine Gruppe Referendarinnen und Referendare zur Hospitation und ich lasse sie auch mit den Schüler\*innen arbeiten, damit sie die Hürden der deutschen Sprache erfahren. Ich weiß aber auch, das Unterrichten in VKL stößt bei vielen Lehrkräften auf Ablehnung.

**Seit 2022 sind 10 Schulen in Baden-Württemberg als „Zukunftsschulen Sprache+“ miteinander vernetzt. Die Schulen zeichnen sich mit einer besonderen Sprachförderung aus. Sie sind als Regionalmoderatorin beteiligt. Was steckt dahinter?**

Den ehemals 30 Projektschulen (meist Sekundarschulen) hat man 10 Stunden mehr gegeben. Sie haben dafür ein Sprachfördersystem entwickelt, das sich auf die ganze Schule ausdehnt. Entstanden sind Förder-Bausteine für VKL, für den Übergang in die Regelklassen und für den Unterricht in den Regelklassen. Das IBBW begleitete das Projekt wissenschaftlich. Von den 30 Projektschulen beteiligen sich nun 10 Schulen als Zukunftsschulen Sprache+.

**„Sprachentwicklung und Sprachförderung sollte sich auf die ganze Schule ausdehnen.“**

Diese Leuchtturmschulen sollen ihr Projekt jetzt interessierten Schulen vorstellen. Es richtet sich hauptsächlich an Schulen, die neu in VKL einsteigen. Enthalten sind Tipps und Anleitungen, wie VKL in einer Schule

etabliert werden kann. Ich weiß von vielen Schulen, die sehr unbedarft rangehen.

Als Moderatorin im Auftrag des ZSL bringe ich Interessenten und die „Zukunftsschulen Sprache+“ zusammen. Ich berate natürlich auch und biete Hospitationen an. Das Ganze läuft im Moment erst an.

**Lohnt sich der Aufwand für die Schulen?**

Wenn ein Standort länger VKL anbieten soll, lohnt es sich, mindestens ein oder zwei Lehrkräfte fortzubilden und zu spezialisieren. Dann kann sich Sprachentwicklung und Sprachförderung mit der Zeit in der ganzen Schule entwickeln. Es geht ja nicht nur um die VKL selbst, sondern dass Lehrkräfte in den Regelklassen nicht sagen: „Die Kinder aus der VKL können ja gar kein Deutsch, was mache ich jetzt mit ihnen?“ Hier gibt es für einen langen Zeitraum einen Schulentwicklungsbedarf.

**Haben Sie ein Beispiel, wie man sprachliche Hürden rausnehmen kann?**

Schwierig zu verstehen sind ellenlang aneinandergereihte Nomen wie „Haustürschlüsselkasten“ oder Passivkonstruktionen wie „Dann wird die Masse erhitzt“. Eingeschobene Nebensätze „Das Auto, das ich gestern beim Händler gekauft habe, läuft nicht mehr.“, sind ebenfalls eine Hürde. Lehrkräfte sollten daher ihre Satzkonstruktionen vereinfachen. Vom Cornelsen-Verlag gibt es dafür die Reihe „Prima ankommen“ für viele Fächer und passende Kombi-Arbeitshefte. Die sind richtig gut.

**Was würden Sie ändern, wenn Sie politisch verantwortlich wären?**

Der Klassenteiler in den VKL ist zu hoch! 24 Kinder in einer Klasse, sind viel zu viel. Die VKL brauchen auch mehr Unterstützung, und zwar strukturell. Die Lehrkräfte sollten sich Unterstützung nicht erst noch suchen müssen. Es müssen nicht unbedingt Lehrkräfte sein, aber es sollten multiprofessionelle Teams entstehen, die verschiedene Schüler\*innengruppen betreuen können. Auch in der nachbetreuenden Sprachförderung müssen viel mehr Ressourcen rein, so dass auch hier Lehrkräfte Teampartner\*innen bekommen.

Schulen, die von Anfang an integrativ arbeiten, bräuchten eine andere Konzeption und mehr Personal.

Sprachsensibler Fachunterricht muss unbedingt in die Ausbildung integriert werden. So ein Unterricht hilft nicht nur Kindern, die in der VKL Deutsch lernten, sondern allen Kindern, bei denen Deutsch nicht Familiensprache ist oder wenn Kinder zu Hause zu wenig gefördert werden.

**Sind wir es den Kindern schuldig, dass wir in die Sprachbildung Aufwand und Geld reinstecken?**

Unbedingt. Je mehr die Kinder merken, sie können beim Lesen keine Informationen entnehmen, sie verstehen gewisse Dinge nicht, entsteht ein großer Frust. Wir sprechen von Schulunlust, von Überforderung, von Depressionen und mehr. Wir sind es den Kindern nicht nur schuldig, es ist unsere Aufgabe. So können wir das nicht lassen. Die Folgeprobleme werden uns viel mehr belasten. ■

---

 **Anregungen auf dem Landesbildungsserver des IBBW** (Fachportal „Integration-Bildung-Migration“ zu z. B. „Deutsch im Kontext von Mehrsprachigkeit“ unter „Orientierungsrahmen VKL“) [www.schule-bw.de/themen-und-impulse/migration-integration-bildung](http://www.schule-bw.de/themen-und-impulse/migration-integration-bildung)

---

@ **Kontakt:** [Rena.Thormann@zsl-rska.de](mailto:Rena.Thormann@zsl-rska.de)

---



# unterrichtspraxis

Beilage zu „bildung und wissenschaft“  
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

## KUNSTUNTERRICHT

### Japanischer Mehrfarbholzschnitt als Thema in der Schule

Von den Techniken der Druckgrafik – Hoch-, Tief-, Flach- und Siebdruck – eignet sich vor allem der Hochdruck für den Kunstunterricht in der Schule. Zugänge können theoretisch sein, wie die Bildbetrachtung oder auch praktisch, wie das Anfertigen eigener Drucke. Eine für den Unterricht besonders geeignete druckgrafische Technik stellt der Mehrfarbholzschnitt dar.

Der Mehrfarbholzschnitt ist ein klassisches chinesisches und japanisches Hochdruckverfahren. Bekannt wurden in Europa und den USA seit dem 19. Jahrhundert vor allem die japanischen „Ukiyo-e“ – ins Deutsche übersetzt heißt der Begriff „Bilder der fließenden Welt“. Sie entstanden, als Japan während der Herrschaft der Familie Tokugawa (1603–1868) politisch und wirtschaftlich weitgehend isoliert war. Es formte sich eine höchst charakteristische Bildsprache, die im Unterricht erkundet werden kann.

#### Historischer Hintergrund

Seit Ieyasu Tokugawa aus der Schlacht von Sekigahara 1600 siegreich hervorgegangen war, stiegen die Tokugawa zur mächtigsten Familie Japans auf. Der Kaiser (Tennô) ernannte Ieyasu 1603 zum Regierungsoberhaupt (Shôgun). Es begann eine 250 Jahre währende Friedenszeit (Tokugawa-Shôgunat). Die Tokugawa verlegten ihren Regierungssitz aus der alten Kaiserstadt Kyôto nach Edo (heute Tôkyô), das daraufhin vom Fischerdorf zur Millionenmetropole heranwuchs.

Japans Gesellschaft war damals gekennzeichnet durch ein starres Ständesystem, an dessen Spitze der Schwertadel



Foto: Gregor Nagler

Utawaga (Andô) Hiroshige, Die 12. Station „Mishima“ aus: 53 Stationen der Ostmeeresstraße (Tôkaidô), um 1870 (erstmalig 1831–1834 publiziert)

(Samurai) stand, auf den die Bauern, Handwerker und Händler folgten. An unterster Stelle standen „unreine“ Berufe (Eta) wie die der Gerber oder Schlächter.

Die Tokugawa regierten mit eiserner Faust und setzten strengste Kontrollmechanismen ein, um sich die Loyalität anderer Familien zu sichern. Deshalb mussten die 250 Lehensfürsten auf dem Land (Daimyô) jedes zweite Jahr in Edo verbringen und ihre Familien als „Geiseln“ zurücklassen, wenn sie auf ihre Domänen zurückkehrten. Kontakte mit dem Ausland wurden streng kontrolliert und limitiert.

Ökonomisch und kulturell entwickelten sich jedoch die Städter (Chônin) in den großen Städten Edo, Kyôto und Ôsaka zur wichtigsten Gruppe. Politisch vollkommen ausgebootet, stürzten sie sich in das „flüchtige Leben“ (Ukiyo). Es entstanden regelrechte Vergnügungs- und Bordellviertel wie Yoshiwara in Edo, das auch ein Zentrum des Volkstheaters (Kabuki) wurde.

### Die Technik des Mehrfarbdrucks

Der Holzschnitt war die favorisierte Drucktechnik in Japan, weil sich damit auch die japanische Zeichenschrift vervielfältigen ließ. Zunächst waren die Drucke deshalb schwarz-weiß und ähnelten Tuschzeichnungen. Auch die Bildmotive entstanden häufig aus den Schriftzeichen heraus. Schrift blieb deshalb stets ein wichtiges Gestaltungselement japanischer Drucke. Mitte des 17. Jahrhunderts lernten die Japaner indes den chinesischen Mehrfarbdruck (tashokuzuri) kennen. Seit dem 18. Jahrhundert entstanden schließlich auch in Japan mehrfarbige Drucke. Mit den sogenannten Brokatbildern (Nishiki-e) wurde diese Technik immer mehr verfeinert.

Der Fertigungsprozess eines japanischen Mehrfarbholzschnittes unterscheidet sich in einigen Punkten stark von der europäischen Holzschnitt-Technik. In Japan wurde eine Tuschzeichnung auf dünnem Japanpapier auf eine Holzplatte gelegt und mit einem Holzschnittmesser umschnitten. Die Partien, die drucken sollten, mussten stehen bleiben. Da bei einem Mehrfarbholzschnitt passgenaues Arbeiten nötig war, um ein exaktes Druckergebnis zu

erhalten, wurden Passmarken (Kentô) in die Platte geschnitten, an die schließlich das Papier angelegt werden konnte. Das Drucken erfolgte mit Tuschen oder Wasserfarben, die mit Reispaste gebunden wurden. Die Pigmente wurden dabei mit einem Reiber (Baren) in das Papier eingearbeitet. Bei der europäischen Technik „sitzt“ die Farbe dagegen auf dem Papier. Pro Farbton benötigte man beim Mehrfarbholzschnitt gewöhnlich eine Platte. Mit der auf Wasserfarbe basierenden japanischen Technik waren jedoch auch sehr feine Farbverläufe möglich, die eine aquarellartige Wirkung hervorriefen. Ein gewisser Nachteil der Japantechnik bestand und besteht darin, dass sehr satte Töne nur durch mehrfaches Überdrucken erzeugt werden können. Einige Partien wurden ohne Farbe gedruckt und waren nur als Relief im Papier sichtbar, andere Stellen wurden mit Glimmer versehen. Sehr dünne, elegant geschwungene Umrisslinien, raffinierte Überlagerungen und elaborierte Ornamentmuster bestimmten daneben die japanischen Druckbilder.

Für japanische Drucke bildeten sich dabei vor allem vier Standardformate heraus, die aus einem Papierbogen von circa 39 cm Höhe und 53 cm Breite geschnitten werden konnten: Das Format Ôban entspricht dabei der Hälfte des genannten Bogens (39 cm x 26,5 cm), das Format

Ôtanzaku dagegen etwa einem Drittel (39 cm x 17,5 cm) und das Format Chutanzaku schließlich etwa einem Viertel (39 cm x 13,3 cm). Das Format Chuban ist die Hälfte des Formates Ôban – also 19,5 cm x 25,5 cm.

### Die Ukiyo-e

Druckbilder (Hanga) befanden sich zunächst hauptsächlich in Bild-Büchern (Ehon), Bildleseheften (ezôshi) oder als Illustration in Lesebüchern (e-iribon). In der Edo-Zeit wurden zunehmend auch Einzelblattdrucke (ichimai-e) als Souvenir von Landschaften, Städten oder als Starporträts herausgegeben. Einige wurden auch als Plakate an den Eingängen der Kabuki-Theater aufgehängt, um Werbung für Theaterstücke oder bestimmte berühmte Schauspieler zu machen. Die Ukiyo-e waren meist vielfarbig. Mehrblattdrucke (tsuzuki-e) und Serien (sorimono) zu bestimmten Themenkreisen waren äußerst beliebt. Die Verleger (hanmoto) beauftragten Künstler (eshi) mit Entwürfen, die Druckplatten wurden von einem Plattenschneider (horishi) hergestellt und dann an den Drucker (surishi) gegeben. Da die Druck-Erzeugnisse in Japan einer sehr strengen Zensur unterworfen waren, ist auf den Farbholzschnitten deshalb neben den Stempeln des Verlegers und des Künstlers meist auch die Marke eines Zensurbeamten zu sehen. Auch die Einzelblattdrucke tragen meistens einen Titel und oft auch einen Untertitel, die in die Platte geschnitten werden mussten. Sie hatten deshalb einen illustrativen Charakter.

Ukiyo-e entstanden vorwiegend in Edo und Ôsaka für das Bürgertum. Oft waren sie Massenerzeugnisse. Die Themen unterschieden sich deshalb sehr von denen der offiziellen „Hofmaler“ des Shôgunats, die zur sogenannten Kanô-Schule gerechnet wurden. Während die Maler der Kanô-Familie sich hauptsächlich feingliedrigen Landschaftsdarstellungen auf großen Stellschirmen für Paläste widmeten, waren die Ukiyo-e auf den populären Geschmack ausgerichtet.



Katsushika Hokusai, Ein alter chinesischer Eremit, aus: Bildliche Gestaltungen für alle Künstler (Banshoku zukô), Band 5, um 1850



### Die wichtigsten Themenkreise waren deshalb:

- Bijin-ga (Bilder schöner Frauen)
- Yakusha-e (Bilder von Schauspielern des Kabuki-Theaters)
- Shunga (Frühlingsbilder, erotische Themen)
- Musha-e (Krieger-Bilder)

Durch die zum Ende des Tokugawa Shōgunats immer straffere Zensur entstanden eher unverfängliche Stadtansichten und Landschaftsbilder zum Beispiel Veduten von Edo, des Berges Fuji oder der Ostmeerstraße (Tōkaidō). Sie wurden manchmal mit Episoden aus der japanischen Literatur oder Geschichte kombiniert. Auch Tiere und Pflanzen waren nun als Motive populär.

### Ukiyo-e Künstler

In einem Bild-Buch des Malers Hishikawa Moronobu (1618–1694) tauchte 1682 erstmals der Begriff „Ukiyo-e“ auf. Die „klassische Phase“ dieser populären Bilderdrucke war während der Tenmei-Periode (1781–1789) und der Kansei-Zeit (1789–1801). In Europa und den USA wurden insbesondere Tōshūsai Sharaku (tätig zwischen 1787 und 1795) und Kitagawa Utamaro (1783–1806) als zentrale Künstlerfiguren bekannt – der eine für seine karikaturartigen Darstellungen von Kabuki-Schauspielern (es handelte sich immer um verkleidete erwachsene Männer, auch in Frauenrollen), der andere für technisch raffinierte Porträts von

Kurtisanen. Ähnliche Themen bearbeitete auch Utagawa Kunisada (1786–1865). Im 19. Jahrhundert kam es im Zuge von gesellschaftlichen Reformen zu neuen, strengeren Zensurbestimmungen. Künstler wie Katsushika Hokusai (1760–1849), oder Utagawa (Andō) Hiroshige (1797–1858) suchten nach Möglichkeiten, die Zensur durch eine verklausulierte Bildsprache zu umgehen, sie spezialisierten zudem stärker auf Landschaften und Tierdarstellungen. Utagawa Kuniyoshi (1798–1861) erlangte vor allem für Samurai-Themen und Szenen aus Geistergeschichten Berühmtheit. Als letzter Meister der klassischen Ukiyo-e gilt Tsukioka Yoshitoshi (1839–1892).

Nachdem 1853 der US-Seeoffizier Matthew Calbraith Kelly eine Öffnung der japanischen Häfen erzwungen hatte, war wieder verstärkt Handel mit Japan möglich. Auch die Ukiyo-e wurden nun in Europa und in den USA bekannt und gesammelt. Die stilisierte Darstellungsweise – elegant geschwungene, sehr dünne Umrisslinien, Ornamente und zu Mustern abstrahierte Landschafts- oder Architekturelemente, kühne Anschnitte, Überlagerungen sowie farbig subtil gestufte Flächen – wurde beispielsweise von Claude Monet (1840–1926), Mary Casat (1844–1926), Vincent van Gogh (1853–1890) oder Otto Eckmann (1865–1902) geschätzt. Vor allem in der Werbegrafik, unter anderem von Henri de Toulouse-Lautrec (1864–1901), wurden

japanische Gestaltungsweisen aufgegriffen. So etwa die Vereinfachung und die Kombination aus Bild und Schrift. Dabei übertrugen europäische und amerikanische Künstlerinnen und Künstler die Bildsprache auch in andere Techniken. Hokusais „Große Welle vor Kanagawa“ (1830/1832) aus der Serie „36 Ansichten des Berges Fuji“, die Darstellung eines Tsunamis, wurde in dieser Zeit zu einem der berühmtesten und meistzitierten Bilder der Kunstgeschichte.

Durch den Verleger Shōzaburō Watanabe (1895–1962) kam es in Japan zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer Wiederbelebung der Ukiyo-e. Unter dem Begriff „Neue Bilder“ (Shin-hanga) stillten Künstler wie Kawase Hasui (1883–1957) oder Takahashi Shōtei (1871–1945) auch die europäische und US-amerikanische Nachfrage nach „exotischen“ Japan-Bildern. Daneben förderte Watanabe Neuauflagen klassischer Werke. Nachdem bei dem großen Kanō-Erdbeben 1923 zahlreiche Druckplatten vernichtet worden waren, ließ Watanabe eine Reihe an Holzblöcken mit klassischen Motiven neu schneiden. Sehr viele der heute kursierenden Drucke gehen auf diese Zeit zurück.

Durch eine Vermischung der japanischen Serienbilder und Karikaturen mit der Bilder- und Erzählwelt der westlichen Comics entstanden im 20. Jahrhundert schließlich auch die populären Mangas und Animes. Sie weisen immer noch Merkmale wie Stilisierung, Flächigkeit und Erzählreichtum auf und sind Teil der Jugendkulturen.

### Mehrfarbholschnitt als Thema im Unterricht

Sowohl die Inhalte als auch die Technik des japanischen Mehrfarbholschnittes eignen sich für den Kunstunterricht (Theorie oder Praxis). Einige Zugänge zu diesem Themenfeld sollen im Folgenden dargestellt werden.



Fotos: Gregor Nagler

Kitagawa Utamaro, Takashima Ohisa aus dem Takashima-Teeladen, Nachdruck circa 1960



Tōshūsai Sharaku, Ichikawa Ebizō IV als Takemura Sadanojō im Schauspiel „Koinyōbō Somewake Tazuna“, Nachdruck circa 1960





Takahashi Shōtei, *Die Izumi-Brücke im Regen*, circa 1930

### Kunsttheorie – Bildbetrachtung

Japanische Mehrfarbholzschnitte bieten wegen ihres erzählerischen Charakters und ihrer „plakativen“ Darstellungsweise für Bildbetrachtungen im Unterricht oder im Museum an. Anhand eines Werkbeispiels sollen hier Möglichkeiten einer Bildanalyse kurz dargestellt werden.

*Werkbeispiel: Takahashi Shōtei (Hiroaki) (1871 – 1945), „Die Izumi-Brücke im Regen“ (bezeichnet auf dem Druck: Izumibashi no ame), Siegel: Shōtei. Verleger: Watanabe, circa 1930, Format: Ōtanzaku (Mitsugiriban), 16,5 x 37,5 cm*

Nachts, im strömenden Regen, überqueren zwei Personen eine hölzerne Brückenkonstruktion, die quasi in das Bild hineinragt. Anhand des Titels ist der Ort als die hölzerne Izumi-Brücke identifizierbar. Diese überspannt den Kanda-Fluss in Tōkyō. Das sehr breite Format unterstreicht das Bildthema des „Übergangs“. Solche starken Breit- und Hochformate (Ōtanzaku oder Chutanzaku) kennzeichnen viele Japandrucke.

Shōtei stellte genau diese auf „unserem“ Bild sichtbare Tōkyōter Brücke auch in anderen Drucken und aus verschiedenen Blickwinkeln dar. Charakteristisch für den japanischen Mehrfarbholzschnitt ist, dass Umkreis und Standort der parallelperspektivisch wiedergegebenen Brücke nach unten und zu den Seiten abgeschnitten sind. Auch die umgebende Stadtlandschaft verschwindet auf Shōteis Farbholzschnitt förmlich im Dunkelgrau des Regensturms.

Es wird also nicht die Illusion eines starken Tiefenraums z. B. über zentralperspektivische Konstruktion erzeugt. Die Szene bleibt somit eher flächig. Eine gewisse Räumlichkeit entsteht lediglich durch den ins Bild ragenden Baum auf der rechten Seite vor der Brücke. Stark angeschnittene Bildmotive wie Architektur oder Pflanzen, deren genauer Standort aber unklar bleibt, sind besonders bezeichnend für japanische Bilder. Es wird eine Art „Durchblick“ erzeugt. Genau diese Art der Gestaltung wurde dann im 19. Jahrhundert von europäischen oder amerikanischen Künstlerinnen und Künstlern begeistert aufgegriffen.

Bei den Menschen auf Shōteis Farbholzschnitt handelt es sich um eine Dame und ihren Diener, der ihr den Weg mit einer Laterne leuchtet. Beide stemmen ihre Regenschirme gegen den Sturmwind, der die Gewänder flattern lässt. Das Gesicht der Frau ist verdeckt, vom Gesicht des Mannes ist nur die untere Partie zu erkennen. Beide Figuren sind stark vereinfacht in Linien und Flächen wiedergegeben.

Personen mit Schirmen gehören zu den häufigsten Motiven in japanischen Holzschnitten. Kennzeichnend für die Stilisierung, die auch durch die Drucktechnik hervorgerufen wird, ist die Wiedergabe des Regens als eine Art Strichmuster. Die Wetterphänomene Regen, Sturm oder Tsunami wurden vermutlich in keiner Region der Welt so häufig und so drastisch wiedergegeben wie in Japan. Shōtei konnte hier also auf eine sehr lange Bildtradition und Motivik zugreifen. Vor allem

orientierte er sich aber an den Stadt- und Landschaftsansichten von Utagawa Hiroshige. Von diesem klassischen Meister der Ukiyo-e-Kunst existieren mehrere Szenen mit Personen, die vom Sturm überrascht mit ihren Schirmen quasi durch die Bilder huschen.

Shōteis Regenszene illustriert keine bestimmte Geschichte aus der japanischen Erzählwelt und ist deshalb für unterschiedlichste Bildzugänge „offen“. Die Lesbarkeit des Dargestellten ist jedoch durch die beschriebene Reduktion auf wesentliche charakteristische Merkmale sehr hoch.

### Bildzugänge

Als Bildzugänge sowohl im Unterricht als auch im Museum bieten sich experimentelle Methoden der Kunstwissenschaft an, wie sie hier am Beispiel des oben beschriebenen Ukiyo-e von Shōtei durchgespielt werden. Je nach Altersstufe kann die Methodik angepasst werden.

Die Lehrperson zerschneidet eine Reproduktion des Farbholzschnittes – zum Beispiel Shōteis Regenszene – in Puzzleteile und verteilt diese an die Kinder oder Jugendlichen. Diese sollen anhand ihres Puzzleteils erraten, was auf dem Gesamtbild zu sehen sein könnte. Die Puzzleteile werden sodann gemeinschaftlich zusammengesetzt und in der Gruppe mögliche Titel diskutiert. Dadurch wird die Darstellung auf spielerische Art und Weise betrachtet und beschrieben.

Einen alternativen Einstieg hierzu bietet eine „Augenreise“: Jeder betrachtet das Bild still für sich und merkt sich, in welcher Reihenfolge seine Augen darüber wanderten. Es können dabei „Protokolle“ notiert oder „Wegstrecken“ auf Kopien des Bildes markiert werden. Diese Augenreisen werden dann in der Gruppe besprochen und dadurch das Bild sozusagen erforscht.

In einem zweiten Analyseschritt können zum Bild passende Sinneseindrücke beschrieben werden. Das heißt, es wird nicht nur berichtet, was zu sehen ist, sondern auch, was zu Hören, Riechen, Schmecken oder Fühlen sein könnte, wenn man sich im Bild befände. Auf Shôteis Regenbild wären dies z. B. das Geräusch des fallenden Regens oder das Sausen des Windes, der Geruch oder Geschmack nach Feuchtigkeit, die Kühle und Nässe von Regen und Wind auf der Haut sowie die Kraft, die für den Kampf gegen den Sturm nötig wäre.

Je nach Kontext – Klassenzimmer oder Museumsraum – können die Kinder oder Jugendlichen sich kurze Geschichten überlegen, was vor oder nach der auf Shôteis Regenbild sichtbaren Szene passiert sein könnte. Ist die Dame mit Ihrem Diener auf dem Heimweg oder eilt sie zu einem Besuch oder ins Theater? Könnten den beiden Personen auf der Brücke andere Menschen begegnen oder begegnet sein? Die Kinder oder Jugendlichen können dabei von der Lehrperson auch Impulse bekommen, z. B., indem Informationen zu Japan oder Tôkyô gegeben werden. Dies kann etwa in Form eines Stadtplans geschehen, auf dem die wichtigsten Orte in Tôkyô im 19. Jahrhundert zu sehen sind. Diese Geschichten können je nach Alter der Kinder oder Jugendlichen mündlich, schriftlich oder auch über Zeichnungen wiedergegeben werden: Entweder wird eine Kopie des Bildes von Shôtei dabei nach den Seiten ergänzt, oder es werden zusätzliche Manga-Bilder entworfen. Shôteis Regenszene kann im Rahmen eines größeren Projekts auch in einen Anime-Zeichentrickfilm eingebunden und so eine längere Geschichte erzählt werden.

### Kunstpraxis

Die Japantechnik kann für den Kunstunterricht deutlich vereinfacht werden, indem in der Grundschule oder Unterstufe der weiterführenden Schulen statt Holz- z. B. Vinyl-Printplatten oder Linolplatten verwendet werden. In der Mittel- und Oberstufe ist auch das Arbeiten mit weicheren Holzarten wie Lindenholz möglich, wobei stets eine gründliche Sicherheitseinführung erfolgen muss. Bei allen Hochdruckverfahren, zu denen auch der Holzschnitt und der Linolschnitt gehören, drucken die Stellen, die nicht aus der Platte oder dem Block herausgehoben werden. Grundsätzlich ist – wie bei jedem Druck – zu bedenken, dass die Druckplatte sich spiegelverkehrt auf dem Papier abdruckt. Im Prinzip ist es also auch möglich, Schrift zu drucken. Diese muss jedoch spiegelverkehrt in der Druckplatte geschnitten werden, was sehr kompliziert ist. Es wird empfohlen, eher flächige Motive zu wählen, da das Herausarbeiten feiner Linien schwierig ist. Gerade erhabene Details brechen leicht aus der Platte. Leichter ist es, wenn solche Details herausgehoben werden, also im Druck weiß erscheinen. In der Grundschule sollte deshalb mit einfacheren Formen gearbeitet werden, die zum Beispiel wie Stempel eingesetzt werden.

Vorteil der Japantechnik ist, dass der Druck mit relativ einfachen und kostengünstigen Mitteln durchgeführt werden kann: Eine Druckpresse ist nicht nötig, da die Bilder per Handabzug mit einem Handreiber entstehen. Als Druckfarbe dienen einfache Wasserfarben, Tusche oder Aquarellfarben. Reisleim, der als Bindemittel dient, basiert auf Reismehl und ist somit nicht nur kostengünstig, sondern auch völlig ungiftig.

Vinyl-Printplatten saugen die Feuchtigkeit im Gegensatz zum Holz nicht auf. Folglich muss wesentlich weniger Farbe beim Druckvorgang verwendet werden. Holzplatten dagegen sollten mit der gewünschten Farbe und Wasser „getränkt“ werden, ehe der eigentliche Druckvorgang beginnen kann.

Pro Farbton bzw. Farbverlauf ist eine Druckplatte nötig. Die verwendeten Platten sollten alle dasselbe Format haben, wenn sie passgenau gedruckt

werden sollen. Im schulischen Kontext sind etwa drei bis vier Druckplatten (Farben) zu empfehlen, da das Überdrucken sonst sehr kompliziert wird. Für sattere Farbtöne muss unter Umständen eine Platte mehrfach überdruckt werden.

Da das Druckergebnis eher einem Aquarell ähnelt, können Flächen auch mit unterschiedlichen Farben überdruckt und so Farbmischungen hergestellt werden.

Thematisch eignen sich wegen der transparenten Farbigkeit Motive wie Wasser, Wasserwesen, Pflanzen oder Landschaft im Regen oder Nebel.

Für den Unterricht muss der Reisleim vorher vorbereitet werden. Er ist nötig, um die Farbpigmente in das Papier zu binden. Ohne Reisleim würde das Motiv stark verschwimmen und einem Abklatsch ähneln.

#### Rezept Reisleim:

*Ein Anteil Reismehl wird in drei Anteile Wasser eingerührt und erwärmt. Die Verbindung darf nicht kochen. Nach und nach werden vier weitere Anteile Wasser hinzugegeben, bis die Flüssigkeit leicht durchsichtig erscheint.*

*Im Kühlschrank hält die Paste etwa einen Tag. Im erkalteten Zustand soll sie zähflüssig sein. Sie eignet sich auch als Klebstoff z. B. für Collagen, nicht jedoch für den Bau von Papiermodellen und ähnlichem.*

## Der Mehrfarbdruck

Die Drucke werden in folgenden Arbeitsschritten hergestellt:

### A. Entwurf

Eine Zeichnung in der Größe der Druckplatten wird auf Transparentpapier angefertigt und die Verteilung der Farbflächen (z. B. eine für den Himmel, eine für eine Landschaftsilhouette und eine dritte für Bäume/Architektur oder Figuren) bestimmt. Das Transparentpapier wird sodann umgedreht und das Motiv mit Kohlepapier auf die einzelnen Platten/Blöcke übertragen. Die Parteien, die nicht ausgehoben werden sollen, werden auf den Platten markiert: es sind die Flächen, die farbig gedruckt werden. Das heißt, auf Platte / Block-1 wird Farbe-1 markiert, auf Platte / Block-2, Farbe-2 usw.. Wenn kein sehr passgenaues Drucken nötig ist, kann direkt auf die einzelnen Platten gezeichnet werden.

### A1: Werktaisch



Fotos: Gregor Nagler

Die Materialien sollen auf dem Arbeitstisch möglichst übersichtlich aufgebaut und bestenfalls immer an derselben Stelle wieder abgelegt werden. Sie sollen nicht zu eng stehen.

### A2: Übertragung Motiv



Die Übertragung des Motivs sollte möglichst passgenau sein. Deshalb müssen alle Druckplatten dieselbe Größe haben. Mithilfe von Transparent- und Durchschlagpapier wird das Motiv auf jede Platte übertragen.

### B. Schneiden der Platte

Nun kann auf Platte / Block-1 das Motiv (Farbe-1), so wie es eingezeichnet wurde, in die Holzplatte geschnitten werden. Die Parteien, die stehen bleiben, sind diejenigen, die am Ende drucken, also farbig erscheinen.

### B: Schneiden



Beim Schneiden der Platte ist darauf zu achten, dass das Schneidewerkzeug mit beiden Händen gehalten wird: Eine Hand liegt auf der Platte, die Finger führen das Werkzeug; mit der anderen Hand wird das Motiv mit Kraft ausgeschnitten.

### C: Druck

Blätter von Druckpapier werden genau auf die Größe der Druckplatten geschnitten, befeuchtet und zwischen feuchte Zeitungen gelegt. Denn das Papier soll beim Druckvorgang leicht feucht sein. So wird die Farbe besser aufgenommen. Wenn mit Linol- oder Vinyl-Printplatten gearbeitet wird, kann dieser Schritt auch entfallen.

Etwas Farbe (Aquarell- / Wasserfarbe) wird mit wenig Reispaste auf der Platte angerührt. Farbverläufe sind möglich. Weder darf die Farbe zu nass sein, noch sollte die Paste zu dick aufgetragen werden. Ist die Farbe zu nass, schwimmt das Motiv, ist die Reispaste zu dick, entstehen Farbränder.

### C1: Farbe



Verwendet werden kann Wasserfarbe, Aquarellfarbe oder auch farbige Tusche. Sollen schwarze Flächen gedruckt werden, empfiehlt es sich grundsätzlich schwarze Tusche zu verwenden, da diese einen satteren Druck ergibt.

### C2: Reispaste



Reispaste bindet das Pigment in das Papier.

Grundsätzlich muss der Druckvorgang mit der hellsten Farbe begonnen und mit der dunkelsten Farbe abgeschlossen werden. Das Papier wird an die Kanten von Druckplatte-1 angelegt. Um das feuchte Druckpapier beim Reiben nicht aufzurauen, muss zusätzlich glattes Papier (z. B. Butterbrot- oder Telefonbuchpapier) aufgelegt werden. Die Farbe wird sodann mit einem Handreibe gründlich in das Druckpapier eingerieben. Der Druck (Farbe-1) wird zum Trocknen gelegt. Es werden alle vorbereiteten Blätter mit Farbe-1 bedruckt.

### C3: Auflegen Druckpapier



Sollen die einzelnen Farben genau übereinander gedruckt werden, ist auf genaues Anlegen des Papiers an der Druckplatte zu achten.



**C4: Auflegen Zeitungs- oder Butterbrotpapier**



Da das feuchte Papier durch das Reiben beschädigt werden würde, ist es wichtig, Zeitungs- oder Butterbrotpapier aufzulegen.

**C7: Stufe 1**



Ist Platte-1 abgedruckt, wird das Papier zum Trocknen gelegt.

**C5: Handreiber**



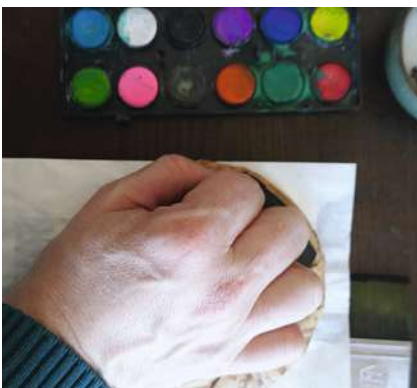
Verwendet werden können japanische Handreiber, ein Nudelholz oder auch der Handballen.

**C8: Stufe 2 einmal gedruckt**



Farbe-2 wird passgenau aufgedruckt.

**C6: Einreiben der Farbe**



Wichtig ist, dass das gesamte Motiv in das Papier eingerieben wird.

**C9: Druckergebnisse**



Wenn eine Farbe intensiver werden soll, muss sie mehrfach gedruckt werden.



Als Materialien für einfache Stempel eignen sich neben Holz-, Linol-, oder Vinyl-Printplatten auch Pappflächen, Moosgummi, Styrene oder gesammelte (flache) Materialien wie Blätter, Stoffe usw. Die Farbe kann vor dem Bestreichen direkt mit der Reispaste gemischt werden. Der Stempel wird von oben auf das Blatt gedruckt. Mit dem Handreiber kann der Druck auf den Stempel verstärkt werden.

Wenn alle bedruckten Blätter gut getrocknet sind, kann Farbe-2 mit der zweiten Druckplatte entsprechend aufgedruckt werden. Je nach Motiv, das heisst wenn die einzelnen Farben genau über- oder nebeneinander gedruckt werden sollen, ist auf passgenaues Arbeiten zu achten: Druckplatten / -blöcke und Papierblätter sollten deshalb alle dieselbe Größe haben. So kann das Papier genau oben an der Platte bzw. am Block (Ecken und Oberkante) angelegt werden.

### Arbeiten mit einfachen Stempeln

Alternativ hierzu können einfache Stempel ausgeschnitten und in freier Anordnung auf das Papier gedruckt werden. Diese Technik ist auch in der Grundschule anwendbar. Aus Pappe oder Vinyl-Printplatten, Moosgummi, Styrene, Kartoffeln etc. werden Formen oder einfache Figuren ausgeschnitten. Diese werden dann mit Farbe und Reispaste bestrichen und neben- oder übereinander frei auf das feuchte Papier gedruckt. Sogar Fundstücke (Laub, Wellpappe, Schwämme, flache Holzplatten usw.) können als Stempel verwendet werden. Das Druckergebnis ähnelt dann einem Abklatsch, sollte sich aber durch die Reispaste klarer abzeichnen.

### Museen mit Ukiyo-e

- Grassi Museum für Angewandte Kunst (Asiatische Kunst)  
Johannisplatz 5 – 11, 04103 Leipzig  
[www.grassimak.de](http://www.grassimak.de)
- Humboldt-Forum  
(Museum für Asiatische Kunst),  
Schlossplatz 10178 Berlin  
[www.humboldtforum.org/de](http://www.humboldtforum.org/de)
- Langen Foundation, Raketenstation  
Hombroich 1, 41472 Neuss  
[www.langenfoundation.de](http://www.langenfoundation.de)
- Museum fünf Kontinente,  
Maximilianstraße 42,  
80583 München  
[www.museum-fuenf-kontinente.de](http://www.museum-fuenf-kontinente.de)
- Museum für Ostasiatische Kunst,  
Universitätsstraße 100, 50674 Köln  
[museum-fuer-ostasiatische-kunst.de](http://museum-fuer-ostasiatische-kunst.de)
- Siebold-Museum,  
Frankfurter Straße 87,  
97082 Würzburg  
[www.siebold-museum.byuseum.de](http://www.siebold-museum.byuseum.de)

### Literatur:

- Gabriele Fahr-Becker (Hg.), *Das Klatschen der einen Hand, Japanisches Farbholzschnitte aus 3 Jahrhunderten aus dem Riccar Art Museum Tôkyô*, Ausstellungskatalog Staatliche Grafische Sammlung München, München 1992.
- Museum Folkwang Essen (Hg.), *Monet, Gauguin, van Gogh ... Inspiration Japan*, Ausstellungskatalog Museum Folkwang Essen, Essen 2014.
- Emil Preetorius, *Japanische Farbenholzschnitte*, Wiesbaden 1955.
- Clelia Segieth und Irene Wegner, *Wilde Kämpfer, Dämonen & Geishas in japanischen Landschaften, Farbholzschnitte Ukiyo-e der Sammlung Buchheim*, Ausstellungskatalog Bernried, Feldafing 2012.
- Wolfgang Scheppe, *Logical Rain / Die Logik des Regens*, Ausstellungskatalog Dresden, Japanisches Palais, Dresden 2015.
- Andreas Schoppe, *Bildzugänge, Methodische Impulse für den Unterricht*, Hannover, 8. Auflage 2020.
- Jan T. Wilms, *Crossing Cultures, Der Farbholzschnitt in Europa und Japan 1900 – 1950*, Ausstellungskatalog Kunsthau Kaufbeuren, Kaufbeuren 2017.



**Dr. phil. Gregor Nagler**  
freier Architekturstoriker  
und Kunstpädagoge  
Kontakt: [www.gregor-nagler.de](http://www.gregor-nagler.de)



unterrichtspraxis  
online  
Diese und weitere  
Ausgaben sowie die  
Unterrichtsmaterialien  
stehen zum Download  
zur Verfügung.

### Impressum

unterrichtspraxis – Beilage zu „bildung und wissenschaft“, Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, erscheint unter eigener Redaktion achtmal jährlich.

Redaktion: Thomas Strehle und Miriam Hannig  
E-Mail: [up@gew-bw.de](mailto:up@gew-bw.de)

Gestaltung: Virginia Scaldavilla

Zur Mitarbeit sind alle Kolleg\*innen herzlich eingeladen.  
Manuskripte bitte per E-Mail an die verantwortliche Redaktion senden.

A13 / E13 FÜR ALLE

# Bayern bringt A13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte auf den Weg

In den nächsten fünf Jahren sollen die Lehrämter für Grund- und Mittelschulen in Bayern stufenweise auf A13 angehoben werden. Die GEW Bayern begrüßt bei aller Kritik das Vorhaben. Baden-Württemberg gerät unter Zugzwang und sollte sich Bayern zum Vorbild nehmen.

Aktuell werden Lehrer\*innen an Grund- und Mittelschulen (die früheren Hauptschulen) in Bayern wie in Baden-Württemberg bezahlt: Beamt\*innen nach Besoldungsgruppe A12, angestellte Lehrkraft nach E11. Damit verdienen sie weniger als ihre Kolleg\*innen an anderen Schulformen, die meist nach A13/E13 oder höher bezahlt werden. Diese Benachteiligung möchte die bayerische anders als die baden-württembergische Landesregierung beenden. Im April hat die Regierung des Freistaats ihre Pläne in einen detaillierten Gesetzentwurf gegossen und vorgestellt.

## Kernelemente der Reform

Im Gesetzentwurf wird ein Fünf-Jahresplan beschrieben. Die Gehälter für die Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung an Grund- und Mittelschulen sollen sukzessive auf A13 angehoben werden. Bereits vorher sollen zum 1. Juni 2023 4.000 der über 45.000 Grund- und Mittelschullehrkräfte leistungsbezogen (über die Regelbeurteilung) befördert werden, der überwiegende Teil davon direkt nach A13. Alleine für dieses Beförderungsprogramm sieht der bayerische Haushalt 17 Millionen Euro vor.

Zum Jahresbeginn 2024 sollen dann alle Grund- und Mittelschullehrkräfte, die in den Besoldungsgruppen A12 oder A12 mit Amtszulage eingruppiert sind, eine monatliche ruhgehaltfähige Übergangszulage erhalten. Diese wächst jährlich zum 1. Januar in fünf gleichmäßigen Schritten, bis letztlich die Besoldung von A13 erreicht ist. Für die Lehrkräfte in der Besoldungsgruppe A12 steigt sie in 80-Euro-Schritten und beträgt dann ab dem 1. Januar 2028 400 Euro. Für die Lehrkräfte in A12 mit Amtszulage steigt

sie in 40-Euro-Schritten und beträgt ab dem 1. Januar 2028 200 Euro. Im letzten Schritt wird zum 1. September 2028 auf A13 aufgefüllt. Dann sollen auch neu eingestellte Grund- und Mittelschullehrkräfte von Anfang an A13 erhalten und das Eingangssamt für diese Lehrkräfte soll auch formal der Besoldungsgruppe A13 zugeordnet werden. Um das Besoldungsgefüge nicht aus der Balance zu bringen, sollen zum 1. September 2028 auch die Schulleitungsämter an den Grund- und Mittelschulen um eine halbe Besoldungsgruppe angehoben werden.

## STUFENPLAN IN BAYERN

1. JUNI 2023

> 4.000 LEHRKRÄFTE NACH A13

### A12-LEHRKRÄFTE:

1. JAN. 2024 + 80 €

1. JAN. 2025 + 80 €

1. JAN. 2026 + 80 €

1. JAN. 2027 + 80 €

1. JAN. 2028 + 80 €

1. SEPT. 2028 + x (= A13)

### A12-LEHRKRÄFTE MIT ZULAGE:

1. JAN. 2024 + 40 €

1. JAN. 2025 + 40 €

1. JAN. 2026 + 40 €

1. JAN. 2027 + 40 €

1. JAN. 2028 + 40 €

1. SEPT. 2028 + x (= A13)

### SCHULLEITUNGEN

1. SEPT. 2028 + HALBE

BESOLDUNGSGRUPPE



## KOMMENTAR

## Eine Frage der Wertschätzung

Seit Jahrzehnten wirbt und streitet die GEW in Baden-Württemberg und bundesweit mit Aktionen und Argumenten für A13 / E13 für alle wissenschaftlichen Lehrkräfte. Dies betrifft die Grundschullehrkräfte, aber auch die Lehrkräfte an den Sekundarschulen, die bis 2015 Grund- und Hauptschullehramt studiert haben. Argumente wie „Die Arbeit von Grundschullehrkräften ist genauso anspruchsvoll wie die aller Lehrkräfte!“ oder „Die Lehrkräfte an den Werkrealschulen haben gleichwertige Aufgaben wie die Lehrkräfte an Realschulen“ wurden von Landesregierung zu Landesregierung nicht beachtet: Noch immer verdienen diese Lehrkräfte A12/E11.

Politische Entscheidungen machten die Situation immer absurder: Seit 2015 studieren Lehramtsstudierende, die in Haupt- und Werkrealschulen unterrichten wollen, das Sekundarlehramt. Sie werden mit ihrem Berufseinstieg nach A13/E13 bezahlt. Die erfahreneren Kolleg\*innen erhalten weiterhin nur A12/E11. Sie alle arbeiten vollkommen dasselbe. Diese Ungerechtigkeit versteht niemand.


In den Grundschulen verdienen alle Lehrkräfte A12/E11. Dabei machen die Grünen, die seit 2011 die Landesregierung führen, seit vielen Jahren mit dem Slogan „Auf den Anfang kommt es an“ Werbung für ihre Bildungspolitik. Das sagt auch die GEW: Wer Bildungsgerechtigkeit erreichen und den Bildungserfolg von der Herkunft der Kinder entkoppeln will, muss so früh wie möglich beste Rahmenbedingungen fürs Lernen bieten. Dies beginnt in der Kita und setzt sich

in den Grundschulen fort. Dort sind die Klassen so heterogen zusammengesetzt wie in keiner anderen Schulart. Und die Kinder kommen mit höchst unterschiedlichen Voraussetzungen in die Schule. Gleichzeitig haben die Grundschulen als einzige Schulart keine einzige verbindliche Differenzierungsstunde. Die Landesregierung und das Kultusministerium sind Jahr für Jahr erstaunt, dass Baden-Württemberg bei den Fähigkeiten der Grundschüler\*innen im internationalen und nationalen Vergleich zurückfällt. Gleichzeitig sind wir in Deutschland am untersten Ende, wenn es um das Lehrkraft-Schüler\*innen-Verhältnis in Grundschulen geht.

Bei der Bezahlung und dem Kampf um A13/E13 für Grundschullehrkräfte und die Bestandslehrkräfte an Haupt- und Werkrealschulen geht es auch um Wertschätzung: Wertschätzung für die wichtige pädagogische Arbeit, die in diesen Schulen geleistet wird. Wertschätzung dafür, die Grundlagen für schulisches Lernen zu legen. Wertschätzung dafür, dass ohne gute Grundschulen kein Bildungserfolg für die meisten Kinder denkbar ist. Wertschätzung dafür, dass die erfahreneren Lehrkräfte an den Sekundarschulen die gleiche Arbeit machen wie die seit 2015 eingestellten Kolleg\*innen. Grundschullehrkräfte sind keine Lehrkräfte zweiter Klasse; die Bestandslehrkräfte an Haupt- und Werkrealschulen ebenso wenig.

Die grüne Partei hat dies Mitte Mai erkannt und ihre Parteifreund\*innen in der Landesregierung aufgefordert, endlich auch die Grundschullehrkräfte nach

A13/E13 zu bezahlen. Besser spät als nie: 13 andere Bundesländer machen das schon oder haben sich auf den Weg gemacht. Nur Baden-Württemberg meint wie zwei andere Bundesländer, sich trotz Lehrkräftemangels leisten zu können, die Grundschullehrkräfte schlechter zu bezahlen als alle anderen. Eine Grundschullehrkraft im bayrischen Neu-Ulm verdient demnächst rund 500 Euro mehr als ihre Kolleg\*innen in Ulm. Mich erreichen in letzter Zeit mehr und mehr Mails von Grundschullehrkräften aus Grenzregionen zu Bayern und Hessen, die ins Nachbarbundesland gehen wollen, wenn sich in Baden-Württemberg nicht schnell etwas ändert. Bayern bietet auch noch Abwerbepremien für wechselwillige Lehrer\*innen. Unsere Kultusministerin äußert dazu bisher nur, dass das unfair sei.

Meine Meinung ist klar: Statt sich über angeblich unfaires Verhalten von Kolleg\*innen aus anderen Bundesländern zu beschweren, sollte sie dringend mit ihrem Parteifreund, Finanzminister Danyal Bayaz, ein ernstes Wörtchen reden. Die Landesregierung muss A13/E13 für alle Grundschullehrkräfte und die Bestandslehrkräfte an Haupt- und Werkrealschulen einführen. Wir werden die gesamte Landesregierung und die politisch verantwortlichen Landtagsabgeordneten daran immer wieder erinnern: Mit öffentlichen Aktionen, Medienarbeit und vor allem guten Argumenten. Seien Sie dabei! 

**Monika Stein**

GEW-Landesvorsitzende

### Die Kritik der GEW Bayern an der Reform

Die GEW Bayern begrüßt die Anhebung nach A13 grundsätzlich. Sie hat aber in ihrer Stellungnahme auch Kritik geäußert und die bayerische Landesregierung zu Nachbesserungen aufgefordert. Zentraler Kritikpunkt ist die viel zu lange Umsetzungsdauer der Reform von fünf Jahren. Auch die Anhebung der Leitungs- und anderer Funktionsämter sollte wie etwa

in Hessen geplant parallel erfolgen und nicht erst am Ende. Außerdem bemängelt die GEW Bayern, dass auch für die Kolleg\*innen, die in den letzten Jahren aufgrund von herausragenden Leistung nach A13 befördert wurden, keine Verbesserungen geplant sind.

Kritik übt die GEW Bayern auch daran, dass die Besoldung der Fachlehrkräfte (aktuell nach A10) und Förderlehrkräfte (aktuell nach A9) nicht angehoben werden

soll. Hier fordert die GEW Bayern eine Anhebung für die Fachlehrkräfte nach A11 und für die Förderlehrkräfte nach A10 und entsprechende Anhebungen der Beförderungssämter.

Ein großes Problem ist auch der Umgang mit angestellten Lehrkräften. Mit der derzeitigen Planung verschärft sich hier die Zweiklassengesellschaft, da die stufenweise Gehaltssteigerung nicht für alle der ca. 2.300 angestellten Lehrkräfte eingeplant ist. An der Stufenanhebung sollen nur die tarifbeschäftigten Lehrkräfte, die entweder beide oder zumindest das erste Staatsexamen besitzen, teilnehmen. Die über 1.000 tarifbeschäftigten Lehrkräfte mit anderen Qualifikationen werden erst 2028 eine Verbesserung erfahren. Die GEW Bayern fordert hier einen Ausgleich.

### **Lehren für Baden-Württemberg**

Dass Bayern nun A13 für alle wissenschaftlichen Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen einführt, muss die baden-württembergische Landesregierung beschämen. Neben Baden-Württemberg verweigern nur noch das Saarland und Rheinland-Pfalz ihren Grundschullehrkräften eine höhere Besoldung. Sollte sich aber Baden-Württemberg dazu entscheiden, A13/E13 für die Grundschullehrkräfte und die noch nach A12 bezahlten Hauptschullehrkräfte einzuführen, dann hält die Diskussion um die bayerischen Reformen einige wichtige Lehren für Baden-Württemberg bereit. Eine Anhebung sollte idealerweise schnell erfolgen. Lange andauernde Stufenpläne sollten vermieden werden. Für tarifbeschäftigte Lehrkräfte braucht es von Anfang an besondere Regelungen, damit sie genau wie ihre verbeamteten Kolleg\*innen profitieren. Auch die Bezahlung der nichtwissenschaftlichen Lehrkräfte und anderer Beschäftigtengruppen, die an den Schulen mit den Grundschullehrkräften zusammenarbeiten, muss verbessert werden.

### **Vergleichen tut weh**

Bayern nimmt für die Reform viel Geld in die Hand. Im Endausbau – also ab 2028 – kostet die Reform rund 170 Millionen Euro pro Jahr. Bei den Gehältern für die Lehrkräfte an Grundschulen wird das ohnehin gut zahlende Bayern im Besoldungsranking seinen Spitzenplatz festigen und Baden-Württemberg



Foto: Capture One 22 Macintosh / iStock

A13/E13 für Grundschullehrkräfte und die Bestandslehrkräfte an Haupt- und Werkrealschulen ist eine längst fällige Wertschätzung für ihre wichtige pädagogische Arbeit.

weiter abhängen. Nach der vollständigen Umsetzung der Reform werden bayerische Grundschullehrkräfte beim Berufseinstieg über 700 Euro mehr als ihre baden-württembergischen Kolleg\*innen verdienen. Im weiteren Berufsverlauf wird der Rückstand geringer, sinkt aber nie unter 400 Euro. Dass die bayerische Reform noch scheitert, ist nicht zu erwarten. ■

**Martin Schommer**

Referent für Tarif-, Beamten- und Sozialpolitik

IGLU-STUDIE 2021

## Lesekompetenz der Grundschüler\*innen seit 20 Jahren im Abwärtstrend

*Gut lesen zu können, ist die Basis des Lernens. So kann man den Anlass der Internationalen Grundschul-Leseuntersuchung (IGLU) auf den Punkt bringen. Das Instrument des internationalen Bildungsmonitorings, wie es IGLU, PISA und andere Vergleichsstudien sind, soll den Ländern zeigen, wo sie bei den jeweils untersuchten Kompetenzen stehen. Aber was passiert mit den Ergebnissen?*

Wie ergiebig diese aufwendigen Studien tatsächlich sind, darüber wird seit der ersten PISA-Studie gestritten. Was die Ergebnisse des jetzt erschienenen Vergleichs aber auf jeden Fall interessant macht, ist die Datenerhebung während der COVID-19-Pandemie, die ja alle Staaten betraf und damit auch Auswirkungen in alle Bildungssysteme hinein hatte. Weitere Besonderheiten: Der Umgang mit der Digitalisierung und die jetzt mögliche Abbildung eines 20-Jahres-Trends bei der Lesekompetenz der Grundschüler\*innen.

In den einzelnen Kapiteln des ausführlichen Berichtsbands zur Studie wird außerdem der Vergleich der papier- und computerbasierten Lesekompetenz, soziale Disparitäten, die Rahmenbedingungen und Qualität des Unterrichts, die Ausstattung mit digitalen Medien, die Schulzufriedenheit und Schulfreude der Schüler\*innen und die Schullaufbahnpräferenzen von Lehrkräften und Erziehungsberechtigten untersucht.

### **Viele schwache Leser\*innen**

Die mittlere Lesekompetenz fällt bei den Grundschüler\*innen in Deutschland im Vergleich zu 2011 und 2016 deutlich geringer aus. Es gibt einen hohen Anteil an schwachen Leser\*innen, gleichzeitig ist der Anteil der starken Leser\*innen relativ niedrig. Im internationalen Vergleich mit den EU- und den OECD-Ländern befindet sich Deutschland mit diesen Ergebnissen im Mittelfeld.

In die Berechnungen des 20-Jahres-Trends konnten 16 Staaten und Regionen aufgenommen werden, die die statistischen Voraussetzungen für einen Vergleich erfüllten. „In sieben davon zeigt

sich ein signifikanter Anstieg, in vier keine bedeutsame Veränderung und in fünf ein signifikanter Rückgang der mittleren Lesekompetenz im 20-Jahre-Trend. Der größte Anstieg ist mit 59 Punkten in Singapur zu verzeichnen. Deutschland befindet sich mit einem signifikanten Rückgang der mittleren Lesekompetenz in der Gruppe von Staaten mit den stärksten Rückgängen zwischen 2001 und 2021.“ (IGLU 2021, S. 115). Eine veränderte Zusammensetzung der Schüler\*innen und die Pandemie sind Gründe für diese Verschlechterungen. Allerdings weisen die Autor\*innen der IGLU-Studie darauf hin, dass es vereinzelte Länder gebe, die sich diesem generellen Trend entgegenstellen konnten, und die Verschlechterungen deshalb weitere Ursachen hätten, die es noch näher zu betrachten gelte.

### **Suche nach den Gründen**

Die individuelle Lesekompetenz ist Ergebnis vieler Faktoren. In Deutschland bestimmen nach wie vor die soziale Stellung eines Kindes und dessen Familie den Schulerfolg mit. Gemessen an den Indikatoren Familiensprache, Bücherbesitz und Bildungsabschlüsse der Erziehungsberechtigten

hat sich die Bildungsungleichheit seit der ersten IGLU-Studie nicht verringert. Durch den Distanzunterricht während der Schulschließungen in Zeiten der Corona-Pandemie gerieten die benachteiligten Schüler\*innen noch weiter ins Hintertreffen. Die Studie macht eine Reihe von Vorschlägen, wie die Kompetenzrückstände kompensiert werden könnten, unter anderem wird auf die ungenutzten Potenziale des Ganztags hingewiesen.

Die Freude am Lesen ist bei den Grundschüler\*innen nach wie vor groß (Kapitel 6). Allerdings könnte der Leseunterricht an den Grundschulen noch mehr dazu beitragen, Lesemotivation und Lesekompetenz zu verbessern. Nach den IGLU-Ergebnissen ist die Lesezeit im Unterricht hierzulande niedriger als in Vergleichsländern.

Foto: FamVeld / iStock





„Das Verhältnis von Sprachunterrichtszeit zu Leseunterrichtszeit beträgt in Deutschland etwa drei zu eins, während es im EU/OECD-Durchschnitt etwa zwei zu eins beträgt.“ (S. 185). Es werden außerdem nur selten systematische Diagnoseverfahren angewendet. Und: die Auswahl der Klassenlektüren ist kaum an den Interessen der Kinder orientiert, im Durchschnitt sind die Werke 25,6 Jahre alt! Es ist naheliegend, dass das stärkere Aufgreifen von in der Freizeit gelesenen Büchern im Unterricht das Interesse der Schüler\*innen steigert, weil dies mehr ihrer Lebenswirklichkeit und ihren Bedürfnissen entspricht (S. 182).

Nicht zuletzt hat die Benachteiligung eine maßgebliche Auswirkung auf den weiteren Bildungsweg: „Gymnasialpräferenzen der Lehrkräfte und der Erziehungsberechtigten am Ende der Grundschulzeit hängen auch bei gleicher Lesekompetenz und gleichen kognitiven Fähigkeiten substanziell mit der sozialen Herkunft zusammen.“ (S. 246) Zwar hängt die Gymnasialempfehlung eng mit der Leistung der Kinder zusammen, aber eben nicht nur. Noch immer müssen Kinder aus den unteren Sozialschichten „deutlich höhere Lesekompetenzwerte erreichen, um eine Empfehlung für das Gymnasium zu bekommen.“ (S. 245).

### Reaktionen auf die Studie

Mit immer neuen Programmen, aktuell dem „Startchancenprogramm“, möchte die Bildungspolitik der Misere beikommen. Der Bildungsjournalist Jan-Martin Wiarda bezweifelt, dass damit die Ursachen tatsächlich angegangen werden und fragt: „[...] Oder sind die Ergebnisse von IGLU, PISA & Co genau wie der Umgang der Bildungspolitik mit ihnen nicht vielmehr weitere Belege der tiefgreifenden gesellschaftlichen Modernisierungskrise, in der Deutschland sich befindet? Die Bundesrepublik verliert seit Jahren den Anschluss in immer mehr Zukunftsbranchen und -technologien, doch der Ruck bleibt aus. Ein Ruck, der zuerst und vor allem über die Bildungs- und Forschungspolitik organisiert werden müsste. Während in der Forschungspolitik (Stichwort SPRIND, DATI, Zukunftsvertrag & Co) wenigstens gewisse Regungen zu verzeichnen sind, herrscht in der Bildungspolitik null Dynamik.“ ([www.jmwiarda.de](http://www.jmwiarda.de)).

In diese Richtung argumentiert auch die Stiftung Lesen: „Es braucht einen politischen und gesellschaftlichen Aufbruch, um die Lesekompetenz von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern. Lehrkräfte müssen bundesweit auf strukturierte und verbindliche Lösungen für die Leseförderung zurückgreifen können und praxisnah unterstützt werden.“ ([www.stiftunglesen.de/](http://www.stiftunglesen.de/))

Auf den Nutzen verbindlicher Tests und einer darauf aufbauenden, wissenschaftlich begründeten, individuellen Förderung weist auch das Handelsblatt hin und führt dazu das Beispiel Singapur an: „Der Inselstaat lag vor 20 Jahren bei IGLU noch hinter Deutschland, heute ist er internationaler Spitzenreiter.“ (Handelsblatt 16.05.2023).

Und die Politik? Die Grünen drängen darauf, dass sich „Bund und Länder zeitnah auf gemeinsame Eckpunkte für das Startchancen-Programm einigen, für öffentlich ausgetragene Kompetenzrängeleien ist die Lage zu dramatisch.“

IGLU zeigt zum wiederholten Male, dass wir gezielt dort fördern müssen, wo Bedarf ist. Bei der Mittelverteilung ist eine Abkehr vom Königsteiner Schlüssel daher unabdingbar“, sagte die bildungspolitische Sprecherin der Bundestagfraktion, Nina Stahr. Auch für die FDP ist die Umsetzung des Programms wichtig, sie sieht hier vor allem die Länder in der Pflicht: „Wenn die Bundesländer jetzt nicht wach werden und beim Startchancenprogramm in einen konstruktiven Arbeitsmodus schalten, gefährden sie die Zukunft unserer Kinder.“ erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Ria Schröder. „Sprachförderung muss in der KiTa beginnen und in der Grundschule so weit gefördert werden, dass es für ein erfolgreiches Lernen in allen Fächern reicht.“, meint die CDU-CSU-Bundestagfraktion, bleibt aber darüber hinaus eher vage in der Kommentierung beim Vorschlag von Lösungen.

Was also tun, wenn die IGLU-Studienleiterin Prof. Nele McElveny bei der Bundespressekonferenz zur Vorstellung der Studie in ernüchternder Deutlichkeit feststellt: „Wir sehen, dass die Maßnahmen der letzten 20 Jahre keine Wirksamkeit haben“. Mehr Geld in die Grundschulen und gezielte Leseförderprogramme sowie den Ausbau der Ganztagsangebote schlägt die GEW vor. Dabei müssen die Programme jedoch künftig belastbar auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Der Versand von Handreichungen an die Schulen reicht dazu nun mal nicht aus.

GEW-Hauptvorstandsmitglied Anja Bensing-Stolze fordert ein 100 Milliarden-Euro-Programm für Investitionen in die Bildung, was über ein Sondervermögen finanziert werden soll. Ob uns Bildung aktuell ähnlich viel wert ist wie die Rüstung? Selten war die Antwort auf diese Frage offener. ■

**Ute Kratzmeier**

GEW-Referentin für allgemeine Bildung

### • **Berichtsband der IGLU-Studie 2021:**

Nele McElvany, Ramona Lorenz, Andreas Frey, Frank Goldhammer, Anita Schilcher, Tobias C. Stubbe (Hrsg.), IGLU 2021 – Lesekompetenz von Grundschulkindern im internationalen Vergleich und im Trend über 20 Jahre, 2023, WAXMANN, ISBN 978-3-8309-4700-4



## CHATGPT &amp; CO IN DER BILDUNG

## Weder blind vertrauen noch kategorisch ablehnen

Seit ChatGPT Texte erstellt und Fragen zu jedem Fachgebiet beantworten kann, wird über die Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf Bildung diskutiert. Welche Rolle spielen Hausaufgaben in Zukunft? Brauchen wir neue Prüfungsformate? Welchen Einfluss hat das auf die Arbeit von Lehrkräften? Der GEW-Arbeitskreis Digitalisierung setzt sich mit diesen Fragen auseinander. Eine erste Einordnung.

„Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat in der Vergangenheit Bedenken hinsichtlich des Einsatzes von künstlicher Intelligenz (KI) im Bildungsbereich geäußert. Insbesondere betont die GEW, dass bei der Nutzung von KI-Technologien im Bildungsbereich ethische, datenschutzrechtliche und demokratische Standards berücksichtigt werden müssen.“

...so antwortete ChatGPT auf die Frage „Welche Position vertritt die GEW zum Einsatz von künstlicher Intelligenz?“ Im Grundsatz ist das eine zutreffende Zusammenfassung. Sie basiert auf den Daten, die dem Programm anhand einer Sammlung von im Internet verfügbaren Informationen vorliegen. Allerdings setzt sich die GEW in Wirklichkeit deutlich differenzierter mit diesem Thema auseinander.

Programme wie ChatGPT können Lehrkräfte nicht ersetzen, sie aber bei ihrer Arbeit unterstützen. Wobei die oben genannten Bedenken natürlich eine Rolle spielen.

Ein Beispiel: Auf die Eingabe eines Nutzers „name 10 philosophers“ (Nenne 10 Philosoph\*innen) nannte ChatGPT Plato, Aristoteles, Kant, Nietzsche, Rousseau, Hume, Descartes, Hobbes, Mill und Kierkegaard. Der Nutzer fragte daraufhin „why did you not list any women [philosophers]? (Warum hast du keine Frauen aufgezählt?). ChatGPT entschuldigte sich und zählte 10 Philosophinnen auf. Allesamt aus der westlichen Welt. Der Nutzer wollte nun wissen „why did you only list Western philosophers“ (Warum

hast du nur westliche Philosoph\*innen aufgezählt?). Wieder entschuldigte sich ChatGPT und nannte 10 nicht-westliche Philosophen – erneut nur Männer. Der Chatverlauf ging in ähnlicher Richtung weiter. Am Ende wurde ChatGPT gefragt, was Aporia bedeutet – also die Unmöglichkeit, einen Ausweg zu finden. Dieses Beispiel zeigt, dass die Antworten nur auf Wahrscheinlichkeiten beruhen und ChatGPT über kein Bewusstsein verfügt. Eine andere Nutzerin sah darin

die Möglichkeit über „unconscious bias“ (unbewusste Voreingenommenheit) im Unterricht zu sprechen. Konkret kann es dabei um die Fragen gehen, auf welcher Datengrundlage die Ergebnisse präsentiert werden und welche Werte dahinterstehen?

Aus ethischer Sicht braucht es nach Auffassung der GEW daher bei ChatBots, die auf künstlicher Intelligenz beruhen, Transparenz. Datenbasis und Filtermechanismen müssen offengelegt werden.

„Die Programme sind aber da und sie haben Einfluss auf unsere Arbeit und unser Leben. Aus diesem Grund ist es notwendig, sich damit auch in Schule und Unterricht auseinanderzusetzen.“



Foto: imago

Andernfalls besteht die Gefahr, dass Ressentiments entstehen können.

Ein weiteres Beispiel: Vor einigen Wochen sorgte ein Bild des Papstes für Aufsehen. Der Grund war, dass er in einem für ihn untypischen weißen Daunenmantel zu sehen war. Das Foto wurde jedoch nie aufgenommen, sondern durch künstliche Intelligenz generiert. Problematisch daran ist, dass dies sogar für Expert\*innen kaum erkennbar ist. Auch Stimmen und Videos können so manipuliert werden. Solche Fälschungen werden auch als „Deep Fake“ bezeichnet.

Vor allem weil dabei die Qualität eine neue Dimension erreicht hat, wird der Umgang damit zu einer gesellschaftlichen Herausforderung. Durch gezielte Desinformation kann beispielsweise die Meinungsbildung beeinflusst werden. Kinder und Jugendliche müssen darauf vorbereitet werden. Medienbildung gewinnt an Bedeutung. Quellenkritik muss geübt und die Urteilsfähigkeit gestärkt werden. Das ist auch eine zentrale Aufgabe der Demokratiebildung.

Ein letztes Beispiel: Eine Lehrerin meldet sich bei ChatGPT an. Dafür muss sie eine Handynummer und eine E-Mail-Adresse angeben. Sie möchte dann, dass das Programm einen Elternbrief für sie verfasst. Felix Maier aus der Klasse 8c kommt regelmäßig zu spät in den Unterricht. Daher will sie die Eltern zu einem Gespräch bitten.

Unklar ist, ob und wie ChatGPT die Daten speichert. Dabei geht es weniger darum, ob das Programm weiß, dass Felix anscheinend unpünktlich ist, sondern was mit den Daten passiert und wie sie möglicherweise miteinander verknüpft werden. Diese datenschutzrechtliche Problematik ist nicht neu. Sie zeigt sich bei jeder automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten – vor allem bei den großen Anbietern von Suchmaschinen. Wichtig ist, dass sowohl Lehrkräfte als auch Schüler\*innen sensibel dafür sind.

Es ist also richtig, dass ethische, datenschutzrechtliche und demokratische Aspekte bei der Nutzung von künstlicher

Intelligenz eine Rolle spielen. Die Programme sind aber da und sie haben Einfluss auf unsere Arbeit und unser Leben. Aus diesem Grund ist es notwendig, sich damit auch in Schule und Unterricht auseinanderzusetzen. Ein Verbot hilft nicht weiter. Zumal dadurch auch das vorhandene Potenzial künstlicher Intelligenz ignoriert wird.

### **Wo Chancen liegen**

Die Chancen von Programmen wie ChatGPT liegen in der adaptiven Nutzung. Damit können individuelle Lernprozesse gefördert werden. Das kann auch zur Entlastung von Lehrkräften beitragen. Sie können beispielsweise Aufgaben in unterschiedlichen Niveaus zu einem bestimmten Thema generieren lassen.

Gleichzeitig macht die Entwicklung künstlicher Intelligenz deutlich, dass sich unser Bildungssystem anpassen muss. Dazu gehört unter anderem die Frage, welchen Stellenwert Hausaufgaben künftig haben. Schon jetzt spielt es eine Rolle, ob Eltern ihre Kinder dabei unterstützen können, z. B. über Nachhilfeunterricht. Damit verbunden ist also Bildungsgerechtigkeit. Künstliche Intelligenz könnte hier durch die Entwicklung von Tutorssystemen einen Beitrag zu mehr Teilhabe leisten.

### **Rolle der Lehrkräfte**

Grundsätzlich muss aber auch über neue Aufgaben- und Prüfungsformate nachgedacht werden. Das Auswendiglernen von Wissen entspricht immer weniger den gesellschaftlichen und beruflichen Anforderungen. Durch die zunehmende Masse an verfügbaren Informationen werden Auswahl und Einordnung von Wissen immer komplexer. Das bedeutet, dass sich auch die Rolle von Pädagog\*innen ändert. Mit Blick auf die 21st-Century-Skills der OECD – also den Fähigkeiten, die im 21. Jahrhundert von Bedeutung sein werden, geht es vielmehr darum, kritisches Denken, Kollaboration, Kommunikation und Kreativität (4K-Modell) zu fördern. Aufgabe von Lehrenden ist es deshalb, diese Lernprozesse zu initiieren,

zu begleiten und zu unterstützen. Dabei richtet sich der Fokus auch stark auf das soziale Lernen. Aus diesem Grund wird künstliche Intelligenz Lehrkräfte nicht ersetzen können. Im Gegenteil: Gerade

**„Wir brauchen  
Offenheit und  
Medienkompetenz,  
um die Potenziale  
angemessen nutzen  
zu können.“**

jetzt kommt es auf pädagogische Profis an. Da ChatGPT & Co noch Fehler machen und bei Antworten halluzinieren, müssen sich Schüler\*innen und Lehrer\*innen damit kritisch auseinandersetzen. Fragwürdige Ergebnisse können zugleich Anlass zur Reflexion sein. Warum ist die Antwort falsch und wo liegt das Problem? Zum anderen werden die Programme immer besser – sie „lernen“ quasi. Das bedeutet aber nicht, dass die Herausforderungen verschwinden. Es wird vielmehr noch wichtiger sein, Ergebnisse sorgfältig zu prüfen (Stichwort „Deep Fakes“).

Weder ein blindes Vertrauen noch die kategorische Ablehnung stellen somit eine sinnvolle Option dar. Unser Alltag ist von KI-Anwendungen geprägt. Dieser Einfluss wird in allen Lebensbereichen zunehmen. Damit müssen sich auch Bildungseinrichtungen auseinandersetzen. Das Ziel bleibt dabei, Kinder und Jugendliche in einer Kultur der Digitalität zu mündigen Bürger\*innen zu erziehen.

Dazu brauchen wir ein kritisches Bewusstsein hinsichtlich der berechtigten Bedenken. Wir brauchen aber auch Offenheit und Medienkompetenz, um die Potenziale angemessen nutzen zu können. ■

**David Warneck**

Stellvertretender GEW-Landesvorsitzender



JUNGLEHRER\*INNENTAG SÜDBADEN

**Doof geboren wird keiner, doof wird man gemacht**



Foto: Yannick Diehl

Junglehrkräftetag in Südbaden

„Entschuldigung, ist hier die 2c? Ich mache die Vertretung“, sagt die junge Lehrerin. Zögerlich betritt sie den Raum, in dem über 150 Lehrerinnen und Lehrer sitzen und auf den Hauptvortrag zum JuLe-Tag warten. Auf ihrem Weg nach vorn fragen noch ihr Schulleiter, die Konrektorin, eine Kollegin, ob sie denn nicht noch kurz etwas für sie erledigen könne. Ein wütender Vater akzeptiert die Note seines Sohnes nicht, der Partner ruft an, Schatz, die Windeln, und dann kommt noch eine Schülerin um die Ecke. „Was denn noch?“, ruft die gestresste Lehrerin, da überreicht ihr die Schülerin ein selbstgemaltes Herz: „Sie sind die beste Lehrerin der Welt“.

„Ooooh.“  
 Natürlich war das Theater. Aber der Stress als Lehrperson ist den Anwesenden gut bekannt. Beim JungLehrer\*innen-Tag Ende März hörten sie Vorträge und besuchten verschiedene Workshops, um neue Impulse und Möglichkeiten in ihr Repertoire als Lehrpersonen aufzunehmen.  
 Etwa über den Hauptvortrag, „Doof geboren wird keiner, doof wird man gemacht“ der Bildungsforscherin Axinja Hachfeld von der Uni Konstanz. Dass es sich auf den Bildungserfolg junger Menschen auswirkt, ob sie in armen oder wohlhabenden Familien aufwachsen, ob sie Migrationshintergrund aufweisen,

wie viele Bücher sie zuhause im Regal stehen haben, dürfte allen Anwesenden klar gewesen sein. Hachfeld hob vor allem die Rolle der Sprache hervor, die Ungleichheiten fördere. „Ohne reflektierte Lehrpersonen, die sich für die Bildung und ihr Recht auf Bildung einsetzen, bringen die strukturellen Veränderungen nichts“, lautet ihr Fazit. „Es kommt auf euch an.“

Im Workshop „Klassenführung“ etwa gab Dominique Greger den Teilnehmenden viele Impulse und Methoden an die Hand. „Patentlösungen gibt es nicht“, stellte sie klar. Jeder Fall müsse für sich betrachtet werden. Im Kurs von Spielpädagoge Norbert Stocker wiederum wurde bei Bewegungsspielen viel gemacht und gelacht. Darüber hinaus gab es Angebote zur Gewaltfreien Kommunikation, ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, Unterricht als Abenteuer, Klimaschutz und mehr.

Die Teilnehmenden jedenfalls wirkten danach alles andere als gestresst. Sie sprachen von „neuen Blickwinkeln“ oder „interessanten Methoden“, von „unglaublich vielen Impulsen“ und „vielen guten Ideen“, eine kündigte an, dass sie das nächste Mal auch andere Kolleg\*innen mitbringen wolle. ▀

**Dominik Heißler**

TAGUNG DER MITGLIEDER IM RUHESTAND

**Russland und der Ukrainekrieg**

38 Mitglieder im Ruhestand setzten sich fünf Tage in der Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel am See mit Russland und dem Ukraine-Krieg auseinander. Peter Barth referierte mit vielen Unterlagen ausführlich. Die Teilnehmer\*innen konnten es akzeptieren, wenn kontroverse Meinungen durch den Referenten mit seinem umfangreichen Wissen und den vielen Belegen aufgeklärt wurden und er auf „die Komplexität der Welt“ hinwies. ▀



Foto: Gunter Krieger

**Gunter Krieger**

Peter Barth referierte auf der Tagung für Mitglieder im Ruhestand.

## GEW-FORTBILDUNG

## Steuertipp-Veranstaltungen sind wieder ein Renner!



Foto: privat

Die Veranstaltung mit Kurt Wiedemann für Mitglieder im Ruhestand war gut besucht.

Die Steuertipp-Veranstaltungen für Lehrkräfte mit Kurt Wiedemann waren auch in diesem Jahr wieder sehr begehrt. Bisher wurden elf ausgebuchte Online-Veranstaltungen und drei in Präsenz durchgeführt. Darunter vier spezielle Angebote für Anwärter\*innen und Referendar\*innen. Viele Nachfragen veranlassten Kurt, in diesem Jahr erstmals eine besondere Veranstaltung für Rentner\*innen und Pensionär\*innen anzubieten. Auch diese Präsenz-Information in Stuttgart war ausgebucht.

Bei der Veranstaltung erfahren Lehrkräfte, wie sie ihre Arbeitsmittel und beruflichen Ausgaben vollständig steuerlich absetzen können. Bei Ruheständler\*innen geht es

um ihre Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen wie nicht erstattete Krankheitskosten oder dass sie haushaltsnahe Dienstleistungen nicht noch zusätzlich versteuern müssen.

Bei den aktuellen Preissteigerungen wird es immer deutlicher, dass wir uns um unser Geld und unser Einkommen kümmern müssen. Dazu tragen auch die Veranstaltungen mit Steuertipps und die aktuelle Broschüre der GEW „Steuererklärung“ bei. Deshalb planen viele GEW-Kreise die Steuertipp-Vorträge für alle Interessengruppen auch für das nächste Kalenderjahr wieder fest ein. ■

**Peter Schillinger**

## ARBEIT IN DER GEW

## INTERVIEW MIT GEW-MITGLIEDERN

**Sanni Veil-Bauer**



Du arbeitest für den GEW-Rechtsschutz und als Vorsitzende des Bezirkspersonalrats. „Rund ums Kind“ war in der GEW lange dein Schwerpunktthema. Womit beschäftigst du dich jetzt hauptsächlich?

In meinen Beratungen geht es momentan häufig um die Folgen einer längeren Erkrankung. Das kann Maßnahmen zur Rekonvaleszenz betreffen, oder es geht um begrenzte Dienstfähigkeit, Zuruhesetzung oder was sonst nach langen Krankheiten alles passieren kann.

Was ist in diesen Fällen wichtig?

Immer mehr Kolleg\*innen sind von längeren Erkrankungen betroffen. Sie brauchen dann eine individuelle Beratung über eine längere Zeit. Wer unsicher ist, sollte sich beraten lassen. Am besten frühzeitig. Ich wünsche mir manches Mal, die Leute hätten sich früher gemeldet.

Mit diesen Beratungen kannst du einzelne Menschen unterstützen, aber nicht an Grundsätzen rütteln. Nicht die Welt retten.

Aus diesen Einzelfällen entstehen auch grundsätzliche Entscheidungen. Als Vorsitzende im BPR Karlsruhe bin ich auch mit dem Regierungspräsidium im Gespräch und kann auch für Gruppen Verbesserungen erreichen. Die kleinen Erfolge mit Einzelfällen finde ich aber besonders zufriedenstellend. Hier kann ich wöchentlich oder sogar täglich jemanden weiterbringen und muss nicht Jahre warten, bis sich was bewegt. Die wiederkehrenden kleinen Erfolge motivieren mich gerade.

Du kandidierst folglich bei den kommenden Personalratswahlen wieder?

Ich bekomme immer wieder zurückgemeldet, dass meine Beratungen sehr gut sind. Ich lasse mich erneut aufstellen und hoffe, dass ich wiedergewählt werde.

## Impressum

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Baden-Württemberg  
**Verantwortlicher Redakteur:** Michael Hirn  
**Geschäftsführende Redakteurin:** Maria Jeggle  
**Regelmäßige Mitarbeiter\*innen:** Corinna Blume, Jens Buchholz, Erhard Korn, Andreas Schuler  
**Koordination GEW-Design:** Evi Maziol  
**Layout:** Virginia Scaldavilla  
**Schlusskorrektur:** Frank Osterlow

**Anschrift der Redaktion:**  
 b&w, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart,  
 Telefon: 0711 21030-36,  
 E-Mail: b+w@gew-bw.de

**Beilage:** „Die Unterrichtspraxis“ erscheint 8-mal im Jahr.  
**Redaktion:** Thomas Strehle und Miriam Hannig  
 E-Mail: up@gew-bw.de

**Verlag mit Anzeigenverwaltung:**  
 Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV),  
 Silberstraße 7A, 70176 Stuttgart,  
 Tel.: 0711 21030-70, Fax: 0711 21030-799,  
 E-Mail: info@spv-s.de, www.spv-s.de

**Geschäftsführung:**  
 Hans Maziol, Monika Stein  
**Verantwortlich für Anzeigen:**  
 Melanie Focali, Tel.: 0711 21030-772, melanie.focali@spv-s.de  
**Anzeigenschluss:** ca. 15. des Vormonats  
 b&w erscheint als Mitgliederzeitschrift monatlich  
 10-mal im Jahr (nicht im Januar und August).

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Er beträgt für Nichtmitglieder jährlich 44 Euro inkl. Porto und wird jährlich im Dezember erhoben. Bestellung beim Verlag. Alle mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung der Verfasser\*innen dar und vermitteln nicht zwingend eine Position der Redaktion oder der GEW. Leserbriefe können nicht alle veröffentlicht werden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auszuwählen und zu kürzen. Anonym zugesandte Briefe werden nicht veröffentlicht.

**Druck:** GO Druck Media Verlag GmbH & Co. KG, Kirchheim  
**Druckauflage:** 50.000 Exemplare  
 (2. Quartal 2023)  
 Gedruckt auf Blauer Engel Altpapier

**Die nächsten Hefte von b&w erscheinen:**  
 Nr. 07 – 08/2022 am 28.07.2023,  
 Redaktionsschluss: 26.06.2023  
 Nr. 09/2022 am 22.09.2023,  
 Redaktionsschluss: 21.08.2023  
 siehe auch: [www.gew-bw.de/mitgliederzeitschrift-bw/bw](http://www.gew-bw.de/mitgliederzeitschrift-bw/bw)  
 Dieses Heft wurde am 21.06.2023 für den Druck abgeschlossen.

GEW Baden-Württemberg, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart,  
 Telefon 0711 21030-0, Mitgliederverwaltung: -32, -33, -34, -37  
 E-Mail: info@gew-bw.de, www.gew-bw.de



## MITGLIEDER IM RUHESTAND (MiR) - BEZIRK SÜDWÜRTTEMBERG Herbstklausur und Frühjahrssitzung

Ende Oktober 2022 tagten die MiR-Vertreter\*innen der sechs GEW-Kreise aus Südwürttemberg bei ihrer Klausur im Löchner-Haus auf der Reichenau. Im Mittelpunkt der zwei Tage standen die umfangreichen Ausführungen von Inge Görlich: Ein Blick hinter die Kulissen bzw. die Zuständigkeiten bei der GEW Baden-Württemberg und die für MiR relevanten Änderungen in diversen Landesgesetzen. Weitere Schwerpunkte waren die Herbstbezirkssitzung sowie die Vernetzungs- bzw. Kooperationsgespräche der Kreisvertreter\*innen!

Im April 2023 trafen sich dann Vertreterinnen und Vertreter der Mitglieder im Ruhestand Südwürttemberg im Museum Boxenstopp in Tübingen zur Bezirkssitzung. Als Gäste wurden Jonas Froehlich von der Landesgeschäftsstelle und Gunter Krieger, Sprecher der MiR



Foto: privat

Mitglieder im Ruhestand im Boxenstopp-Museum in Tübingen

auf Landesebene, begrüßt. Froehlich berichtete über die aktuelle Arbeit der Landes-GEW und seine Angebote als Referent für Senior\*innenpolitik. Krieger beleuchtete die Seniorenarbeit in

Bund und Land. Eine Führung durch das Museum ergänzte die Tagesordnung. ▀

**Monika Hofstetter und Fritz Erb**

## PERSONAL- UND VERTRAUENSLEUTEKONFERENZ NORDWÜRTTEMBERG

### Ursachen und Ideen zum Umgang mit steigender Arbeitsbelastung



Foto: privat

Ricarda Kaiser blickt auf die Kampagne der GEW "Wir sind keine Packesel" zurück.

Mitte Mai fand in Stuttgart die jährliche Personal- und Vertrauensleutekonferenz des Bezirks Nordwürttemberg statt. Über 80 GEW-Kolleg\*innen folgten der Einladung. Thema waren die Ursachen der steigenden Arbeitsbelastung und Ideen zum Umgang damit.

Die GEW-Landesvorsitzende Monika Stein referierte über die von der GEW beauftragte Studie des Bildungsexperten Professor Dr. Klaus Klemm zum gegenwärtigen und zukünftigen Lehrermangel. Stein machte deutlich, dass die Politik immer noch nicht genug dafür tut, die aktuelle Situation in den Schulen zu verbessern. Sie verwies darauf, dass die GEW schon vor einiger Zeit ein 15-Punkte-Programm gegen den Lehrermangel veröffentlichte, und versicherte, dass die GEW gegenüber der Politik weiterhin Druck für Verbesserungen aufbauen werde.

Die stellvertretende Landesvorsitzende Ricarda Kaiser informierte über die Vertrauensleutewahlen im diesem Herbst 2023 und die Personalratswahlen im Frühjahr 2024. Ein Rückblick auf die erfolgreiche Kampagne „Wir sind keine Packesel“ im letzten Jahr zeigte den Teilnehmenden, wie sie die GEW an ihren Schulen mit einfachen Mitteln sichtbar machen können.

Nach der Mittagspause fanden verschiedene Workshops statt. Ein Workshop

mit der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Daniela Weber beschäftigte sich mit der Frage „Wie können wir als VL oder PR das Thema Arbeitsbelastung vor Ort bearbeiten?“. Die Teilnehmenden erhielten viele Anregungen, beispielsweise welche Möglichkeiten die GLK hat, das Kollegium zu entlasten. Außerdem gab es Workshops zu Yoga-Entspannungstechniken, zu Achtsamkeit und zum Umgang mit ständiger Erreichbarkeit im Lehrer\*innenberuf. Zum Abschluss der Konferenz wurden gemeinsam konkrete Lösungsvorschläge gesammelt, wie Lehrkräfte entlastet werden könnten. Diese Lösungsvorschläge wird die GEW bei zukünftigen Gesprächen mit der Politik vortragen. ▀

**Martin Hettler**

Bezirksvorsitzender Nordwürttemberg



## Unsere Jubilare

### 75. GEBURTSTAG

**Monika Rudolf,**  
Schramberg, \*03.07.1948  
**Elisabeth Mattes,**  
Sigmaringen, \*08.07.1948

### 80. GEBURTSTAG

**Helmut Greindl,**  
Freiburg, \*03.07.1943  
**Kurt Hertweck,**  
Schwäbisch Hall, \*11.07.1943  
**Friedbert Theune,**  
Pfinztal, \*12.07.1943  
**Heidrun Fischer,**  
Weil der Stadt, \*15.07.1943  
**Bruno Repp,**  
Niederstetten, \*16.07.1943  
**Manfred Stühler,**  
Dörzbach, \*17.07.1943  
**Margarete Eggeling,**  
Offenburg, \*17.07.1943

**Annemarie Gump,**  
Heidenheim, \*18.07.1943  
**Ingrid Maier,**  
Tübingen, \*20.07.1943  
**Hartmut Wilhelm,**  
Lauffen a. N. \*21.07.1943  
**Klaus Weidenbach,**  
Neuhausen, \*28.07.1943  
**Christiane Schreiber-Betz,**  
Weinheim, \*30.07.1943

### 85. GEBURTSTAG

**Helmut Buyer,**  
Steinheim, \*01.07.1938  
**Jutta Wilhelm,**  
Rheinfelden, \*02.07.1938  
**Hans-Peter Walter,**  
Stuttgart, \*04.07.1938  
**Lilian Dittrich,**  
Stuttgart, \*14.07.1938

**Wilfried Hein,**  
March, \*15.07.1938  
**Ernst Sautter,**  
Ammerbuch, \*25.07.1938

### 90. GEBURTSTAG

**Gisela Giesler,**  
Weil am Rhein, \*18.07.1933

### 91. GEBURTSTAG

**Hermann Hirner,**  
Öhringen, \*10.07.1932

### 92. GEBURTSTAG

**Josef Maier,**  
Künzelsau, \*12.07.1931  
**Roland Schmitt,**  
Heidelberg, \*15.07.1931

### 95. GEBURTSTAG

**Hildegard Ludwig,**  
Schwäbisch Hall, \*09.07.1928

### 96. GEBURTSTAG

**Gisela Schuh,**  
Mannheim, \*08.07.1927

### 97. GEBURTSTAG

**Anni Metzger,**  
Mannheim, \*01.07.1926

Wir veröffentlichen die Jubilare nur, wenn sie aktiv zugestimmt haben. Wer genannt werden möchte, schickt uns bitte drei Monate vorher eine Nachricht per Post (Mitgliederverwaltung, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart), per Fax (0711 21030-65), per E-Mail (datenpflege@gew-bw.de) oder nutzt die Internetseite: [www.gew-bw.de/jubilaeum](http://www.gew-bw.de/jubilaeum)

## Konstanz

Nach zweijähriger Corona-Pause führen die Mitglieder im Ruhestand (MiR) aus dem GEW-Kreis Konstanz Anfang Mai 2023 ins Humpis-Quartier, dem kulturhistorischen Museum der Stadt Ravensburg. Die beispielhafte Verbindung der Architektur aus dem 16. Jahrhundert und der heutigen Zeit sowie die Führung durch die Gebäude dieses spätmittelalterlichen Wohnquartiers beeindruckten die Teilnehmer\*innen des Jahresausflugs. Ausgiebig nutzten die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit zum freudigen Plaudern beim gemeinsamen Essen und dem Rundgang durch die Ravensburger Altstadt. ■

**Alfred Heim und Karin Simon**



Jahresausflug 2023 der Personengruppe Mitglieder im Ruhestand ins HUMPIS-Quartier in Ravensburg

Foto: Alfred Heim

## Göppingen



Foto: Kreis Göppingen

Vertrauensleute aus Göppingen auf der Insel Reichenau

14 Teilnehmende kamen zur Vertrauensleuteschulung des Kreises Göppingen ins Löchnerhaus auf der Insel Reichenau. Wichtigstes Thema war, wie Lehrkräfte die Gesamtlehrerkonferenz, Vertretungen und den Stundenplan beeinflussen können. Außerdem befassten sich die Teilnehmer\*innen mit ihrer Arbeit als

Vertrauensleute, der anstehenden Personalratswahl und der Besoldungs- und Beihilfereform. Ein Spaziergang zum Kloster mit anschließender Weinprobe rundete das Programm ab. //

**Jens Buchholz**

## Rems-Murr



Foto: Heuschel

Große Freude über das Wiedersehen bei den Jubilarinnen und Jubilaren in Schorndorf – 650 Jahre GEW-Mitgliedschaft allein auf diesem Foto.

Neue Wege ging die GEW im Rems-Murr-Kreis mit ihrer erstmals kreisweit organisierten Jubilarsehrung. Der längere Anreiseweg war aber offenbar kein Hindernis für Jubilarinnen und Jubilare, selbst vom anderen Ende des Rems-Murr-Kreises. Die Wiedersehensfreude bei vielen nach teils langer Zeit war allerorten sichtbar. So füllte sich die Gaststätte „Himmelreich“ und es begann die Ehrung zunächst mit einem kleinen musikalischen Beitrag aus dem Kreisvorstand. Garniert mit allerlei launigen Wortbeiträgen des Organisationsteams,

aber auch der geehrten Mitglieder selbst, wurden Urkunden für 25-jährige, 40-, 50- und in zwei Fällen gar 60-jährige Mitgliedschaft überreicht. Über all die erlebten Jahrzehnte in der GEW ist gewerkschaftliche Mitbestimmung im Bildungsbereich bis heute nicht unwichtiger geworden. Der Kreisvorstand der GEW Rems-Murr ist seinen Mitgliedern im Ruhestand sehr dankbar, dass sie in diesem Geiste seine Arbeit weiterhin unterstützen. //

**Jochen Müller**

## Calw / Freudenstadt



Foto: Angelika Kistner

Die GEW-Mitglieder im Ruhestand aus dem Kreis Calw/Freudenstadt in der Kirche „Peter und Paul“ auf der Reichenau am Bodensee.

40 GEW Seniorinnen und Senioren aus dem GEW-Kreis Calw/Freudenstadt trafen sich Mitte April 2023 mehrere Tage auf der Insel Reichenau im Löchnerhaus. Gespräche und Kultur standen im Mittelpunkt.

Mit Start am „Haus am Dorfplatz“, dem ersten Wohnsitz von Mia und Hermann Hesse, gab es eine literarische Wanderung rund um Gaienhofen. Es folgte eine Führung in das Münster „St. Maria und Markus“ mit anschließender Weinprobe in der Vinothek des Winzerverbandes Reichenau.

In der Kirche „Peter und Paul“ erlebten die Teilnehmenden eine Führung durch die Kirche und das danebenliegende Museum mit Exponaten vom ersten Kirchenbau von 799 n. Chr. bis hin zu Informationen über den Wein- und Gemüseanbau sowie die Fischerei auf der Reichenau bzw. dem Bodensee.

Im schönen Ambiente und bester Verpflegung gab es im Löchnerhaus genügend Raum zu Begegnungen und Gesprächen unter den Teilnehmenden. //

**Dr. Ulrich Maier**



## Unseren Toten zum Gedenken

### Philipp Bickle, Konrektor

\* 18.11.1941 in Reilingen  
† 27.04.2023 in Berlin

### Theodor Friedrich Breckle, Realschullehrer

\* 30.12.1943 in Lenzkirch  
† 25.05.2023 in Titisee-Neustadt

### Ulrike Brunner, GHS-Lehrerin

\* 20.03.1954 in Heidenheim  
† 23.04.2023 in Böblingen

### Gisela Großklaus, Realschullehrerin

\* 10.10.1937 in Stade  
† 31.03.2023 in Ettlingen

### Rolf Kusmaul, Oberlehrer

\* 09.07.1934 in Karlsruhe  
† 01.04.2023 in Hockenheim

### Marianne Leuze-Maier, GHS-Lehrerin

\* 03.02.1954  
† 12.04.2023

### Katharina Lorbeer, Gymnasiallehrerin

\* 14.03.1951 in Sindelfingen  
† 23.03.2023 in Heilbronn

### Hedwig Lotze, GHS-Lehrerin

\* 31.03.1944 in Freiburg im Breisgau  
† 07.05.2023 in Gottenheim

### Walter Mauch, Berufsschullehrer

\* 14.07.1952 in Rottweil  
† 24.05.2023 in Stuttgart

### Sabine Merk, Realschullehrerin

\* 05.01.1965 in Bad Buchau  
† 28.04.2023 in Stuttgart

### Andrea Proß, GHS-Lehrerin

\* 16.08.1964 in Tuttlingen  
† 22.04.2023 in Ravensburg

### Josef Riedinger, Realschullehrer

\* 07.08.1950 in Weingarten  
† 19.05.2023 in Ravensburg

### Norbert Steidle, Gymnasiallehrer

\* 27.09.1944 in Leutkirch / Allgäu  
† 19.05.2023 in Ulm

Wir veröffentlichen die Todesfälle nur, wenn die Verstorbenen uns dies vorab erlaubt haben oder die Angehörigen dies wünschen. Benachrichtigungen bitte per Post (Mitgliederverwaltung, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart), per E-Mail (datenpflege@gew-bw.de) oder über [www.gew-bw.de/jubilaeum](http://www.gew-bw.de/jubilaeum) | Stand: 01.06.2023

## Friedrichshafen

Ende April fand im GEW-Ortsverein Friedrichshafen die Ehrung der langjährigen Mitglieder statt. Geehrt wurden die Jubilare der Jahre 2021 und 2022. Eine kleine, aber feine Gruppe konnte einen Blick in das Innere eines der neuesten und imposantesten Bauwerke im Häfler Stadtbild werfen – das ZF-Forum. Unweit des Ortes, an dem vor einem Jahrhundert die Unternehmensgeschichte ihren Anfang nahm, bildet das sechsstöckige Gebäude den Sitz der Hauptverwaltung der ZF Friedrichshafen AG.

In einem nahegelegenen Restaurant bekamen die Jubilare ihre Urkunden ausgehändigt, und so manche Anekdote sorgte für Erheiterung bei der Feier. **■**

**Benjamin Graf**



GEW-Mitglieder im ZF-Forum

Foto: Benjamin Graf



## Schwäbisch Hall



Foto: Sonja Szkopp

Schwäbisch Haller waren in Schwäbisch Gmünd unterwegs.

Über 40 Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand aus dem gesamten Kreis Schwäbisch Hall erfreuten sich an einem informativen Ausflug nach Schwäbisch Gmünd. Höhepunkte der Stadtführung waren das kulturhistorisch bedeutende Münster und die Johanniskirche mit dem Glockenturm, dem höchsten Gebäude Gmünds. Interessant war auch das erst

vor zwei Jahren gegründete Internationale Schattentheatermuseum, in dem nicht nur zahlreiche Exponate aus vielen Ländern bestaunt, sondern auch selbst Schattenspiele ausprobiert werden konnten. //

**Sonja Szkopp**

## Heilbronn



Foto: Christiane Ziemer

Jubilar\*innen aus dem GEW-Kreis Heilbronn

Nach 3 Jahren Coronapause konnte der Kreis Heilbronn Ende April 2023 endlich wieder seine Jubilar\*innen mit Kabarett und gutem Essen ehren und feiern.

An vielen strahlenden Gesichtern konnte man sehen, dass sich die 60 Kolleg\*innen über gute Gespräche freuten. //

**Christiane Ziemer**

## Böblingen



Foto: Farina Semler

Vertrauensleute aus Böblingen zur Schulung am Bodensee

Anfang März 2023 beschäftigten sich alte und neue Vertrauensleute intensiv mit verschiedenen Themen. Daneben war der kollegiale Austausch – über die Schularten hinweg – eine wichtige und lange vermisste Gelegenheit, etwas über die vielen Probleme vor Ort zu erfahren. Von Raul Coelho und Eva Werner vorbereitet, vergingen die Tage viel zu schnell. Der Workshop „Türen öffnen – Chancen nutzen“ mit dem Trainer Rainer Manderla brachte viel Input, neue Perspektiven und sehr engagierte Diskussionen. Dabei drehte sich vieles um die Frage, was genau die Aufgaben der Vertrauensleute sind.

Für das brisante Thema „Arbeitszeit“ war Inge Goerlich angereist. Von den rechtlichen Grundlagen, der Arbeitszeitverordnung, zu der Entwicklung in den letzten Jahren und dem Thema der Arbeitszeiterfassung spannte sie den Bogen. Welche Konzepte sind sinnvoll für die Schulen? Wie können wir Modelle entwickeln, bevor die Landesregierung Tatsachen schafft?

Aktuelle Fragen aus der GEW-Landespolitik wurden mit Farina Semler diskutiert. Das Thema Lehrkräftemangel und die fehlenden Strategien des KM dagegen, zogen sich als roter Faden durch die Tage. Farina berichtete vom 15-Punkte-Programm der GEW und ging auf viele offene Fragen aus der Teilnehmendenrunde ein. //

**Sigrid Frey**



## Alb-Donau / Ulm

Bei einer Postkartenaktion am GEW-Infostand kurz vor den Pfingstferien zeigten junge Kolleg\*innen am Lehrerseminar in Laupheim, was sie von den Plänen des Kultusministeriums halten. Ihre Forderung, klar wie unmissverständlich: Nein! Nein zur Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung im Referendariat/Vorbereitungsdienst.

Mit einem Ananas-Powerfruitcocktails ganz nach dem Motto „Vitamine machen stark – die GEW auch!“ diskutierten Referendar\*innen und Lehramtsanwärter\*innen, wie der Vorbereitungsdienst verbessert werden kann, um die Ausbildung so attraktiv und qualitativ hochwertig wie möglich zu gestalten. Ihre Vorschläge für das #BesteRefDerWelt schrieben sie auf Postkarten und adressierten sie an Mitglieder im Bildungsausschuss des Landtags und weiteren Multiplikator\*innen. Die Beteiligung der angehenden Lehrer\*innen in Solidarität mit nachfolgenden Referendar\*innen und Lehramtsanwärter\*innen war so groß, dass ein ganzer Schuhkarton mit Postkarten verschickt werden konnte. **█**

**Philipp Stegmaier**



Fotos: Philipp Stegmaier

Lehramtsanwärter\*innen am Seminar Laupheim setzen sich für besseren Vorbereitungsdienst ein.



## Alb-Donau / Ulm

Foto: M. Schmucker-Spengler



Die Gruppe der Jubilare des GEW-Kreises Alb-Donau / Ulm im Gasthof Hirsch in Ersingen

Im Mai ehrte der GEW-Kreis Alb-Donau / Ulm seine Jubilare. Wegen der Pandemie waren die Ehrungen der letzten Jahre ausgefallen und deshalb wurden vier Jahrgänge zusammen geehrt. Der Kreisvorsitzende Johannes Kromer konnte mehr als 36 Gäste begrüßen. Er ehrte die Jubilarinnen und Jubilare für 25, 30, 40 und 50 Jahre Mitgliedschaft.

Eine besondere Ehrung gab es für Volker Hausen, 60 Jahre, und für Ursula Ott und Günter Thumerer für 61 Jahre Mitgliedschaft. Johannes Kromer bedankte sich bei allen Geehrten für ihre Treue zur GEW, die er auch als Beweis für die Würdigung der Arbeit der GEW betrachtete. **█**

**Wolfgang Spengler**

## Lesetipp

### Deutsche Geschichte von 1900 bis 2000

Ich weiß nicht, wie es euch als Schüler\*in ging. Ich jedenfalls mochte das Fach Geschichte nur bedingt. Was mir immer gefehlt hatte, waren Überblicke über wichtige Epochen. Wie man so etwas schülergerecht hinbekommt, macht uns das GEOlino extra-Heft „Deutsche Geschichte von 1900 bis 2000“ vor.

Dort werden zunächst die wichtigsten Zeitabschnitte übersichtlich in „Steckbriefen“ aufbereitet und unter ein Thema gestellt (z.B.: „Kaiserreich – Zucht und Ordnung“ oder „Weimarer Republik – Schöner Schein“). Interessant fand ich, wie sich beliebte Vornamen von Periode zu Periode veränderten (z.B. im Kaiserreich Frieda und Wilhelm, in der BRD und DDR der Vorname Christian).

Den Steckbriefen folgen Texte, deren wichtige Passagen leserfreundlich markiert sind und so wirklich Wichtiges hervorheben. Natürlich sind auch Zeitleisten im Heft zu finden.

Was ich früher in Geschichte auch vermisste, war, dass wichtige Begriffe – wenn überhaupt

– nur en passant geklärt und von verwandten Begriffen abgegrenzt wurden. Im GEOlino werden in jedem Kapitel relevante Begriffe konsequent verständlich erklärt (z.B. Republik).

Nach der Erläuterung der geschichtlichen Phasen wird ein Tag im Leben des 11-jährigen Otto aus dem Berlin des Kaiserreichs erzählt. Auf diese Weise gelingt es, eher abstrakte Geschichte konkret und authentisch werden zu lassen. Auf ähnliche Art werden die „Goldenen Zwanziger“ begreifbar gemacht. Das verständlich herunterzubrechen, gelingt den Autor\*innen sehr geschickt am Beispiel der Theaterarbeit Bert Brechts und der Dreigroschenoper. Der Holocaust wird von noch lebenden Zeitzeugen wie beispielsweise Esther Bejarano ins Bewusstsein der Leser\*innen gebracht.

Über spannende „Zahlenvignetten“ wird zudem verdeutlicht, welche großartige Leistung mit der Berliner Luftbrücke erbracht wurde. So gab es z.B. in den 14 Monaten 277.569 Flüge, um die Bevölkerung Berlins von der Heizkohle bis zur Unterhose zu versorgen.

Dass man auch über Bilder Geschichte vermitteln kann, zeigt das Comic „Eine türkisch-deutsche Familiengeschichte“ in gelungener Weise. Der Mauerfall wiederum wird mit interviewartig-biographischen Texten auf hervorragende Weise aktualisiert. Last not least findet auch die viel gescholtene und doch auch immer wieder erfolgreiche EU ihren berechtigten Platz in diesem Heft.

Dieses GEOlino Extra-Heft gehört in die Hand eines jeden Schüler, einer jeden Schülerin der weiterführenden Schulen!

**Theo Kaufmann**

Fortbildner für die GEW

Vorsitzender des Vereins für Leseförderung e. V.



GEOlino extra 99/2023,  
G + J Verlagsgruppe, 9 Euro




**Von hier an geht es aufwärts!**

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

**Kostenübernahme:** Private Krankenversicherungen / Beihilfe

**Info-Tel.: 07221/39 39 30**

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden  
**[www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de)**



# KONTEXT: WOCHENZEITUNG

ENTSCHEIDEND SIND  
DIE, DIE WISSEN,  
DASS EINE DEMOKRATIE  
OHNE FREIE PRESSE  
NICHT LEBT.

SIE SIND DAS HERZ VON  
KONTEXT.

[www.kontextwochenzeitung.de](http://www.kontextwochenzeitung.de)



# Echte Hilfen *für den Alltag.*



Anzahl	Produkt	Mitgliederpreis	Buchhandelspreis
	Exemplare GEW-Jahrbuch 2023 Standardausgabe	15,00 €	27,00 €
	Exemplare GEW-Jahrbuch 2023 Berufliche Schulen	15,00 €	27,00 €
	Exemplare 50+ Alternativen zur Vollzeit bis 67	5,00 €	8,00 €
	Exemplare 55+ Die Vorsorgemappe	12,00 €	20,00 €
	Exemplare Steuererklärung	7,00 €	11,00 €
	Eltern-Jahrbuch 2022	(Mitglieder und Nicht-Mitglieder)	15,00 €
	Eltern-Jahrbuch <i>plus</i> (Printversion inkl. PDF-Datei)	(Mitglieder und Nicht-Mitglieder)	18,00 €

Aus Gründen des individuell gesicherten Zugangscodes und des geschützten Urheberrechts können die E-Book-Fassung des GEW-Jahrbuchs sowie das Jahrbuch-Kombipaket (Print-Version+E-Book) ausschließlich online über unseren webshop unter: [www.spv-s.de](http://www.spv-s.de) bestellt werden.

Versandkostenpauschale bei einem Warenwert	bis 20 €: 3 €	21 bis 40 €: 5 €	41 bis 100 €: 7 €	ab 101 €: versandkostenfrei
GEW-Mitgliedsnummer (s. Adressaufkleber b&w)				

Versand- und Rechnungsanschrift

---



---



---



Karikatur: Mathias Hühn